Nr. 108 — Jahrgang 13 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 11. Mai 1928

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.15 Zlp. Anzeigen unter Text 0.60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 5. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Russische Anklagen

Wenn polnischerseits behauptet wird, daß die russisch-polnischen Beziehungen nie so gut standen, als im gegenwärtigen Augenblick, so kann man sicher damit rechnen, daß in nächster Zeit irgend etwas passiert, was diese „guten" Beziehungen mit einem Schlage vernichtet. Und ähnlich wie mit Rußland, passiert es ständig mit den Ausgleichsbemühungen zu Deutschland; man kommt nicht vorwärts, trotzdem geflissentlich behauptet wird, daß uns nichts mehr am Herzen liege, als die Verständigung vorwärts zu treiben. In Interviews wurde uns vor einigen Wochen versichert, daß in nächster Zeit der Handelsvertrag mit Rußland perfekt werde und daß auch der Schiedsgerichtspakt kurz vor dem Abschluß stehe. Mitten in diese freundschaftlichen Versicherungen fallen die Schüsse des russischen Emigranten Wojciechowski gegen den russischen Handelsvertreter bei der Sowjetgesandtschaft in Warschau, die die gesamte Arbeit Pateks vernichten und selbstverständlich in Moskau eine Nervosität hervorrufen, die zum Abbruch der polnisch-russischen Beziehungen führen könnte, wenn nicht im Augenblick Rußland ziemlich isoliert dastände und weit wichtigeres zu tun hat, als den Konfliktstoff mit Polen auf die Höhe zu treiben. Nie war Rußland durch die englischen Machinationen festergefahren als im Augenblick und darum wird man auch den russischen Noten an Polen, trotz ihrer Schärfe, nicht allzu große Bedeutung beimessen können.

Es ist im Verlauf eines Jahres das drittemal, wo in der Hauptstadt Polens die offiziellen Vertreter Sowjetrußlands Attentaten ausgesetzt sind. Erst war es die Ermordung Wojkows und die Sühne Polens war nicht den Versprechungen angepaßt, dann war es ein Ueberfall in der russischen Gesandtschaft selbst, der bis heute ungeklärt ist und jetzt wieder das Attentat auf den Handelsvertreter Lizarew auf einer der verkehrsreichsten Straßen Warschaus. Man wird zugeben müssen, daß dies eigentlich den Höhepunkt darstellt, zumal russischerseits behauptet wird, daß das Attentat dem russischen Gesandten Bogomolow galt. Die Schärfe der russischen Noten, die im Wortlaut auch heute noch nicht der Oeffentlichkeit vorliegen, sondern in der Presse nur angedeutet sind, werden verständlich, wenn man erfährt, daß sie Anklagen gegen die Nachlässigkeit der polnischen Regierung sind. Rußland behauptet, daß Polen der Herd der russischen Konterrevolution ist, daß hier die Emigranten eine Sprache führen, die annehmen läßt, daß sie von Polen gebilligt wird. Weiter wird behauptet, daß Rußland wiederholt der polnischen Regierung in Noten hat Mitteilungen zukommen lassen, die die Tätigkeit der Emigranten kennzeichnet, ohne daß Abhilfe geschaffen worden ist. Polen hat sich seinerzeit verpflichtet, eine Reihe von russischen Emigranten aus Warschau auszuweisen, was nur zum Teil erfolgt sei und einzelne wären sogar mit Wissen der polnischen Regierung wieder zurückgeführt, ferner sei man im Verfahren gegen Kowerda sehr milde vorgegangen.

Wenn auch zu erwarten ist, daß in den jetzt folgenden Auseinandersetzungen in Noten polnischerseits weitgehendes Entgegenkommen gezeigt wird, so sind die drei Attentate durchaus nicht geeignet, die Beziehungen zu Rußland zu fördern und würde die antirussische Front nicht in den letzten Monaten festere Formen angenommen haben, man bekäme aus Moskau ganz andere Töne zu hören. Der Vorwurf kann allerdings Polen nicht erspart bleiben, daß es seine Versprechungen bezüglich der Ueberwachung der Emigration nicht erfüllt hat und daß es zuließ, daß einzelne Führer der russischen Emigration wieder nach Polen zurückgekehrt sind. Bei der Nervosität in Moskau liegen die Schlußfolgerungen sehr nahe, daß man Polen unterschiebt, daß es bewußt diese antirussische Arbeit der Emigranten fördert. Zumal immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, daß schon beim Eintreffen des neuen russischen Gesandten in Warschau Pläne bekannt wurden, die andeuteten, daß auch Bogomolow beseitigt werden soll. Hier setzen nun die russischen Anklagen ein und man behauptet, daß der russischen Gesandtschaft nicht genügender Schutz gewährt wird. Wie weit dies zutrifft, braucht nicht untersucht zu werden, denn an Uebertreibungen ist man ja russischerseits gewohnt.

Man wird abwarten müssen, welche Antwort Polen Rußland zugehen lassen wird, jedenfalls wächst der Konfliktstoff, nachdem Marschall Pilsudski selbst durch Krankheit verhindert ist, die Regierungsgeschäfte zu leiten. Die bisherigen Erklärungen Pateks Tschitscherin gegenüber, werden wohl kaum von Rußland als befriedigend angesehen, was wohl am besten durch die zweite Note zum Ausdruck kommt. Und schließlich werden die Machthaber im Kremel die Gelegenheit nicht ungenützt lassen, um der russischen Bevölkerung zu zeigen, welchen Gefahren die Sowjetmacht ausgesetzt ist. Zweifellos die beste Situation, innere Gegensätze zu überbrücken, wenn die Feinde Rußlands wieder zur Vernichtung der sozialistischen Republik bereit sind. Aber die russisch-polnischen Beziehungen erfahren eine Belastung, die nicht so bald gutgemacht werden wird. Und darin liegt die Tragik, daß die Verständigung nicht vorwärts kommt.

—ll.

Polens Randstaatenpolitik

Polens Interesse an selbständigen Zwischenstaaten — Keine Union mit Litauen — Holowkos Hoffnungen auf baldigen Abschluß des Vertrages

Kowno. Am Dienstag Nachmittag fand für die Mitglieder der polnisch-litauischen Kommissionen ein Tee statt. Bei dieser Gelegenheit wies Holowko darauf hin, daß nach Abschluß der jetzt im Gange befindlichen Kommissionsberatungen eine neue Vollsitzung der polnisch-litauischen Konferenz stattfinden werde. Die gegenwärtig in Kowno tagende Kommission habe keine politischen, sondern rein technische Fragen zu erörtern. Polen, so führte Holowko weiter aus, sei ein Glied in der großen Kette der bestimmenden Faktoren des europäischen politischen Lebens. Es liege im Interesse Polens, daß zwischen zwei so mächtigen Staaten wie Rußland und Deutschland nicht nur ein selbständiges Polen bestehe, sondern auch noch andere unabhängige Staaten. Daher falle das Interesse Polens mit dem der baltischen Staaten zusammen, und daher wünsche Polen ein von Rußland und Deutschland unabhängiges Litauen. Es wünsche ferner ein friedliches Zusammenleben der Nachbarvölker. Nachdem dann Holowko die Gerüchte über eine von Polen angestrebte Union mit Litauen widerrufen hatte, bezeichnete er als das wirkliche Streben Polens die Schaffung eines großen allgemeinen baltischen Staatenbundes, mit dem Ziele der Sicherung des Friedens in Osteuropa. Wenn man von polnischer Seite gegenüber Litauen ein gewisses Mißtrauen gehegt habe, so habe das daran gelegen, daß man angesichts der russischen Anerkennung der Zugehörigkeit Wilnas zu Litauen an besonders enge Beziehungen zwischen Litauen und Sowjetrußland geglaubt habe. Die polnische Delegation sei jetzt aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß diese Auffassung falsch sei. Holowko schloß, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß durch die Ausschaltung der politischen, sowie der Wilnafrage den Kownoer Besprechungen ein Erfolg beschieden sein möge.

Deutsch-polnischer Notenwechsel

Vor der Entscheidung über die Wirtschaftsverhandlungen

Berlin. Ein Blatt hatte aus Warschau berichtet, daß in den deutsch-polnischen Verhandlungen demnächst wichtige Ereignisse zu erwarten seien. Wie hierzu von zuständiger Stelle erklärt wird, hat die letzte Stellungnahme des polnischen Kabinetts zu den deutsch-polnischen Verhandlungen einen Notenwechsel zwischen Warschau und Berlin notwendig gemacht. Dieser Notenwechsel befindet sich z. Zt. noch im Gange.

*

Warschau. Im Polnischen Außenministerium ist eine Mitteilung der deutschen Regierung in der Frage der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen eingegangen. Diese Mitteilung behandelt eine Anzahl der auf der Wiener Besprechung zwischen den beiderseitigen Verhandlungsführern Hermes und Twardowski berührten Fragen und stellt die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Verhandlungen fest. Im Laufe dieser Woche wird im polnischen Außenministerium eine Entscheidung darüber fallen, ob die Aufnahme der Verhandlungen auf diplomatischem Wege oder unmittelbar durch die Delegationen erfolgen soll.

Pilsudski behält sich die Außen- und Militärpolitik vor

Warschau. In der Dienstagsitzung des Ministerrates beim Staatspräsidenten wurde, wie die „Rzeczpospolita" heute meldet, der Arbeitsplan der polnischen Regierung für die nächste Zeit besprochen, da damit zu rechnen ist, daß die Krankheit Pilsudskis noch mehrere Monate dauern wird. Einer weiteren Mitteilung zufolge soll Pilsudski sich die wichtigsten Entscheidungen in der Frage der Außen- und Militärpolitik vorbehalten haben. Die Leitung der übrigen Politik soll in die Hände des Ministerrates übergehen. Die Nachricht, daß Marschall Pilsudski zur Kur ins Ausland gehen würde, wird bestritten. Pilsudski wird vielmehr eine Kur in Polen durchmachen.

Japanisches Ultimatum an Tschiangkaischek

Tokio. Der japanische Befehlshaber in China richtete an Tschiankaischek die telegraphische Aufforderung, die chinesischen Truppen innerhalb 72 Stunden aus dem japanischen Bereich zu entfernen. Der Befehlshaber forderte weiter die Bildung eines gemischten japanisch-chinesischen Ausschusses für Abgrenzung der japanischen Einflußzone. Die japanischen Truppen könnten die Verantwortung für die weiteren Ereignisse im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen nicht übernehmen.

Das Außenministerium veröffentlicht eine Mitteilung über das Ergebnis der Besprechungen zwischen Kellogg und dem japanischen Botschafter, Matsudaira. Die amerikanische Regierung habe danach nicht die Absicht, an Japan eine Note zu richten. Zwischen Japan und Amerika bestehe in der chinesischen Frage volle Uebereinstimmung. Eine zweite Veröffentlichung des Ministeriums besagt, daß Italien, England und Frankreich ebenfalls keinen Einspruch gegen die Schritte Japans in China erheben.

Englische Befürchtungen über das Vorgehen Japans

London. Der „Manchester Guardian" sieht die größten Gefahren aus der Zuspitzung des japanisch-chinesischen Streites auf militärischem sondern auf politischem Gebiet. Das Beharren Japans auf dem Standpunkt, seine Truppen erst nach Genugtuung für die Zwischenfälle in Tsinanfu wieder aus China zurückzuziehen sei gleichbedeutend mit einer Besetzung chinesischen Gebietes auf unbegrenzte Zeit. Selbst wenn sich ein chinesischer General finden sollte, der die volle Verantwortung für die Zwischenfälle übernehme, und wenn auf Grund seiner Zusicherungen die Japaner sich bereit erklären könnten, ihre Truppen zurückzuziehen, so sei damit noch nicht die Garantie gegeben, daß sich solche Zwischenfälle nicht wiederholen würden. Bisher hätten alle ausländischen Mächte die Entwicklung des chinesischen Bürgerkrieges nicht zu beeinflussen versucht. Nun scheine zum ersten Mal eine der interessierten Mächte diese Politik aufzugeben. Das Ergebnis werde, so meint das Blatt, aller Wahrscheinlichkeit nach katastrophal sein, nicht zum wenigsten für Japan, besonders aber für die allgemeinen Beziehungen zwischen den Mächten und China.

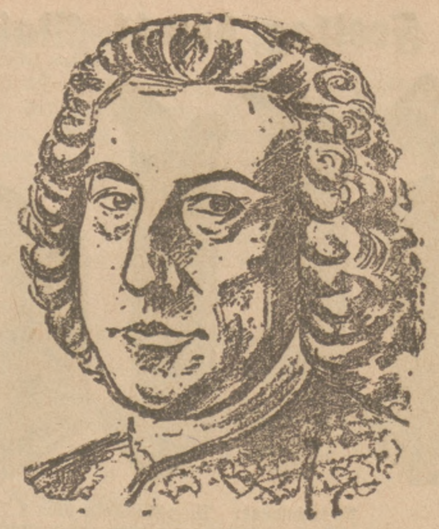
Durch den ganzen Artikel zieht sich deutlich die Furcht, daß durch das japanische Vorgehen in China wieder ein den Vorkriegsverhältnissen entsprechender Zustand der Teilung der Interessengebiete der verschiedenen Großmächte eingeleitet werden könnte, mit einer wieder zunehmenden Ausländerfeindlichkeit.

Volkskommissar Zjurupa gestorben

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Alexander Zjurupa, in der Krim im Alter von 58 Jahren einem Herzschlag erlegen. Zjurupa spielte beim Aufbau der russischen Partei eine bedeutsame Rolle und besaß das besondere Vertrauen Stalins und Trotzkis. Zjurupa war lange Jahre nach Tuhuransk verbannt, doch gelang es ihm, von seinem Verbannungsort zu flüchten und seine revolutionäre Tätigkeit fortzusetzen. Zu Beginn der Oktoberrevolution wurde er von Lenin mit dem Wiederaufbau der russischen kommunistischen Partei beauftragt und spielte in der Heeresversorgung eine bedeutende Rolle. Er war 1923 in das Zentralkomitee der kommunistischen Partei gewählt worden und hatte gemeinsam mit Stalin die Reorganisation der Partei durchgeführt. 1926 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion ernannt. Er war einer der besten Freunde Trotzkis, hat diesen aber in seinem Kampf gegen Stalin im Stich gelassen. Das Zentralkomitee teilt in einem Sonderbefehl mit, daß der Tod Zjurupas einer der schwersten Verluste für die gesamte kommunistische Bewegung in der Sowjetunion sei. Die kommunistische Internationale und die kommunistischen Gewerkschaften haben dem Zentralkomitee ihr Beileid ausgesprochen.

Abschluß eines Paktes zwischen Italien, Griechenland u. Türkei?

London. Wie aus Angora gemeldet wird, hat der italienische Botschafter dem türkischen Außenminster die letzten Vorschläge Mussolinis für den Abschluß eines Paktes zwischen Italien, Griechenland und der Türkei unterbreitet.



150. Todestag William Pitts

Am 11. Mai jährt sich der Todestag des großen englischen Staatsmannes William Pitt des Aelteren, Grafen von Chatham, zum 150. Male. Die Richtung, die Pitt als Ministerpräsident der englischen Politik gab, ist hauptsächlich gekennzeichnet durch die Eroberung Kanadas und die Unterstützung Preußens während des Siebenjährigen Krieges.

Die Berliner Presse über Stresemann

Berlin. Eine Reihe Berliner Zeitungen widmet heute dem 50. Geburtstag Dr. Stresemanns die Persönlichkeit des deutschen Außenministers würdigende Artikel.

Die **„Tägliche Rundschau“** betont, daß der so oft angegriffene Optimismus Dr. Stresemanns nichts weiter ist als der Optimismus des Schaffenden, ohne den große Werke unmöglich sind. Sein Mut zur Unpopularität, wie er sich vor allem im Schicksalsjahre 1923 gezeigt habe, habe Deutschland in jenen Tagen vor dem Chaos gerettet. Für die „D. A. Z.“ ist der Politiker Stresemann seit Jahren eine der stärksten Energien der deutschen Politik. In der „Vossischen Zeitung“ grüßte der Paneuropäer Coudenhove Calergi den Reichsaußenminister als den Mann, der neben Briand am meisten für den europäischen Frieden erreicht hat. Das **„Berliner Tageblatt“** wünscht dem Außenminister, daß er in Zukunft seine innerpolitische Stellung ebenso klären möge, wie er es bisher mit so erfreulicher Entschiedenheit in seiner Außenpolitik getan habe. Für den **„Berliner Börsenkrier“** ist Stresemann über den Parteiführer hinaus zu einem Führer der Gesamtheit hinaufgewachsen, da er es verstanden habe ,als die Stunde zur Tat herangereift war, den großen Verständigungsgedanken zu verwirklichen.

Dem **„Vorwärts“** ist Dr. Stresemann als kluger politischer Gegner willkommen, dessen rednerische Gewandtheit auch andere haben müßten, um den gegenwärtigen Wahlkampf auf höherem geistigen Niveau zu führen.

Der **„Berliner Lokalanzeiger“** erklärt, daß Dr. Stresemanns Wollen in der Außenpolitik zweifellos größer sei, als seine Erfolge. Für eine deutsch-französische Verständigung und für eine Klärung des Verhältnisses zu Polen habe er jedoch nicht einmal die Vorbedingungen schaffen können. Die **„Deutsche Zeitung“** sieht in Dr. Stresemann, der seinen Aufstieg nur seiner ungewöhnlichen Rednergabe und einer willensschwachen Zeit verdanke, eine der größten Gefahren für Deutschlands Zukunft.

Chamberlain und König Amman Ullah

London. Außenminister Chamberlain betonte im Unterhaus, daß weder er noch sein Stellvertreter im Forreign office während der Anwesenheit des afghanischen Königspaares in London Verhandlungen mit König Amman Ullah geführt haben. Er habe jedoch Gelegenheit gehabt, mit dem afghanischen König und dem Außenminister die allgemeinen Fragen der englisch-afghanischen Beziehungen zu erörtern und darauf hinzuweisen, daß es der ernsteste Wunsch der britischen Regierung sei, ein starkes und unabhängiges Afghanistan zu sehen. Die Frage, ob Verhandlungen über die Beseitigung des Einfuhrbeschränkungen nach Indien im Gange seien, beantwortete Chamberlain bejahend.

Nach dieser Erklärung Chamberlains ist das starke britische Interesse an dem Verlauf des Besuches Amman Ullahs in Sowjetrußland doppelt verständlich, da nach dieser Erklärung zweifelfrei ist, daß König Amman Ullah während seines Londoner Aufenthaltes keine weiteren Bindungen gegenüber England eingegangen ist.

Bratianu über die Lage in Rumänien

Bukarest. Ministerpräsident Bratianu gab Pressevertretern folgende Erklärung über die innerpolitische Lage in Rumänien ab: „Ich bin sehr verwundert, alle die falschen Nachrichten zu lesen, die auch diesmal im Ausland über die Lage in Rumänien verbreitet worden sind. Die Versammlung von Karlsburg war nur eine Episode im Kampf, den die nationale Bauernpartei gegen die Regierung führt. Von der Parlamentsmehrheit und den verfassungsmäßigen Stellen unterstützt, wird die Regierung das Werk der politischen und finanziellen Festigung weiter führen. Uebrigens dürfte jeder, wer die wahre Lage kennt, nicht bestreiten können, daß allen Schwierigkeiten zum Trotz das Werk der inneren Stärkung fortgeführt worden ist. Ueber die Frage des Prinzen Carol habe ich zu erklären, daß ich es sehr bedauere, daß der Prinz, schlecht beraten, Fehler begeht, die seinem Rufe abträglich sind.

Maniu geht nicht zum Regentschaftsrat

Bukarest. Die Führung der nationalen Bauernpartei hat beschlossen, daß weder Maniu noch andere Führer zum Regentschaftsrat gehen sollen, sondern daß der Generalsekretär Magiaru dem Regentschaftsrat die Entschließung von Karlsburg verlesen soll. Dies ist auch im Laufe des gestrigen Vormittag geschehen. Der Beschluß der Nationalen Bauernpartei verdient erhöhte Bedeutung, wenn man bedenkt, daß z. Zt. die Nationale Bauernpartei zur Regierung keine Beziehungen unterhält, und auch die Beziehungen zum Regentschaftsrat kühler geworden sind. In der Tat ist Magiaru beauftragt worden, einen Protest zu verfassen gegen die Unterdrückung der oppositionellen Ketzer.

Bauernkrieg in Rumänien?

Die rumänische Bauernpartei, die die ihr verhaßte Regierung stürzen will, hatte zum 6. Mai eine Massenversammlung nach Alba Julia einberufen, in der 100 000 Bauern schwuren, nicht eher zu ruhen, als bis ein aus Mitgliedern der Bauernpartei zusammengesetztes Kabinett die Regierung übernommen hätte. Um ihre Absicht durchzuführen, wollen sie von Alba Julia nach Bukarest marschieren. Die Hauptmacht der Bauern ist vorläufig noch bei Vincul de Jos, während eine zweite Kolonne von 20 000 Mann an der Bahnlinie Alba Julia—Vincul de Jos—Bukarest vorrückt. Daß die Bauern ihr Vorhaben ausführen werden, erscheint angesichts der 500 Kilometer langen Strecke sehr unwahrscheinlich.

Die Eröffnungsfeier der „Pressa“

Köln. Am Sonnabend vormittag wird die „Pressa“, die Internationale Presseausstellung in Köln, durch einen Festakt feierlich eröffnet. Die Reichsregierung wird hierbei vertreten durch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Reichsaußenminister Dr. Stresemann. An dem Festakt ist auch das Berliner Diplomatische Korps sehr stark beteiligt. Weiter werden sprechen als Leiter des Ausstellungspräsidiums Oberbürgermeister Adenauer und Generaldirektor Dr. Esch.

Im Anschluß an die Führung durch die Ausstellung findet abends ein Festbankett statt, auf dem der Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die Bedeutung der Presse als eines der wichtigsten Mittel zur Verständigung und Annäherung der Völker sprechen wird. Durch diese Rede des Außenministers bekommt die Eröffnung der Pressa auch einen international politischen Charakter.

Der österreichische Bundesminister für Handel und Gewerbe Dr. Schürff wird in Begleitung eines Sektionschefs an der Eröffnungsfeier der Internationalen Presseausstellung in Köln teilnehmen.

Start der „Italia“ am Freitag?

Kopenhagen. Nach einem Telegramm aus Spitzbergen wird General Nobiles am Freitag den Flug nach dem Nordpol fortsetzen.

Es herrscht hier ganz außerordentlich schönes Wetter. Die Temperatur sinkt niemals unter 10 Grad Kälte. Die „Citta di Milano“ konnte um weitere 200 Meter an den Quai des Hafens herankommen. Die für das Luftschiff nötigsten Materialien sind in die Halle gebracht worden. Ueber den Flugplan General Nobiles wird bekannt, daß zunächst ein erster Erkundungsflug um den Pol beabsichtigt ist, sodann ein Flug nach Kaiser-Nikolaus-II-Land und Leninland und schließlich ein direkter Vorstoß zum Nordpol.

29 Parteien in Preußen

Berlin. Mittwoch nachmittag trat unter Vorsitz des Landeswahlleiters, des Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Dr. Saenger der preußische Landeswahlausschuß zusammen. Der Ausschuß, der wie der Reichswahlausschuß aus je einem Mitglied der stärksten Parteien des Landtages besteht, legte endgültig die Nummernfolge der zugelassenen Landeslisten fest. Der Vorsitzende machte die interessante Feststellung, daß im Jahre 1921 12 Parteien, im Jahre 1924 16 Parteien und zu den diesjährigen Wahlen insgesamt 30 Parteien Wahlvorschläge eingereicht haben. Gemäß den vom Landeswahlausschuß gefaßten Beschlüssen, weisen die Listen 1 bis 16 die gleiche Reihenfolge auf wie im Reiche, wobei allerdings einige der im Reiche aufgeführten Parteien in Preußen fehlen. (Bayerische Volkspartei und Landbund). Die Nummer 13, die der Deutsch-Hannoverschen Partei vorbehalten war, bleibt ebenso wie im Reiche offen, da die Partei keine Liste eingereicht hat. Insgesamt sind auf der Liste 35 Nummern aufgeführt, da aber einzelne Splitterparteien weggefallen sind, bestehen in der Tat nur 29 Listen.

Mussolinis Antwort an Kellogg

Berlin. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Washington meldet, ist am Mittwoch Mussolinis Antwort auf Kelloggs Kriegsverzichtvorschlag veröffentlicht worden. Mussolini begrüße grundsätzlich Kelloggs Vorschlag mit „lebhafter Sympathie“ und erbietet sich, alles zur Herbeiführung einer Verständigung beizutragen. Italien befürworte Frankreichs Anregung, eine Sachverständigenkonferenz der interessierten Großmächte abzuhalten, um über den Wortlaut des Vertrages eine Einigung zu erzielen. Er verspreche sich von einer solchen Konferenz jedoch nur einen Erfolg, wenn die Vereinigten Staaten dabei vertreten sein würden.

Bergwerkskatastrophe in Columbien

Berlin. Wie das Acht-Uhr-Abendblatt aus Bogota meldet, hat sich nach Meldungen aus Rio Sucio (Departement Caldas) ein folgenschwerer Stolleneinsturz in der dortigen Mine Vendecacezas ereignet. Nach den bisherigen Feststellungen sind 10 Grubenarbeiter getötet und eine große Anzahl schwer oder minder schwer verletzt worden. Es steht zu befürchten, daß zahlreiche Bergleute durch die eingestürzten Gesteinsmassen verschüttet wurden, für deren Rettung nur wenig Hoffnung vorhanden ist.

Der geheimnisvolle Reiter

Roman von Jane Grey.

Verfasser von „Der Eiserne Weg“.

59)

Zu Fuß, die Flinte in der Hand, schlich er sich zwischen den Bäumen näher, wie etwa ein Jäger, der sich an trinkende Hirsche heranpirscht. Kein Rauch, kein Lärm kam aus der Hütte, kein Pferd war in der Nähe zu sehen; und nachdem Wade einige Zeit gewartet hatte, schritt er darauf los, um sich das Blockhaus genauer zu betrachten. Es war eine alte, wacklige Jäger- oder Goldsucherhütte, mit einem Lehmboden, einem zerbröckelnden Herd und Schornstein und einer aus Zweigen geflochtenen Bettstatt. Einschließlich der Türe hatte es drei Oeffnungen, und die zwei kleineren, die als Fenster dienten, sahen aus, als wären sie zugleich als Schießscharten gedacht. Das Innere der Hütte war geräumig und ungewöhnlich hell, dank der Fenster und offenen Ritzen zwischen den Balken. In einem Winkel sah Wade ein Spiel Karten, zerknüllt und verstreut, als hätte sie eine ungestüme Hand gegen die Wand geworfen. Das einzige, was sonst noch Wades ernstliche Aufmerksamkeit erregte, waren eine Anzahl von Hufspuren vor der Tür; und die Spur des linken Vorderhufes kam ihm bekannt vor. Er untersuchte sehr sorgsam die deutlichsten Abdrücke. Wenn sie nicht von Wilson Moores weißem Mustang, Spottie, stammten, dann mußte ein Pferd sie hinterlassen haben, das einen seltsam ähnlichen Huf und ein seltsam ähnliches Eisen besaß. Spottie hatte einen verkrüppelten Huf, etwa in der Form eines Triangels, und das Hufeisen mußte, um zu passen, gebogen werden, so daß die Krümmung schärfer wurde und die Enden dichter beieinander standen als an einem gewöhnlichen Eisen.

Wade ritt noch an diesem selben Tag nach White Slides hinunter, und beim Abendbrot fragte er Moore beiläufig, ob er Spottie in der letzten Zeit geritten habe.

„Natürlich. Was für einen Gaul soll ich denn sonst reiten? Glauben Sie, ich habe Lust, einen dieser wilden Mustangs zu probieren?“

„Aber Sie haben wohl nicht auf dem Weg zum Buffalo Park 'ne Fährte hingelegt?“

Der Cowboy warf sein Messer auf den Tisch. „Hören Sie mal, Wade, Sie leiden wohl an Gehirnerweichung? Lieber Gott, wenn ich so weit reiten könnte — hätten Sie dann nicht längst mein Freudengeheul zu hören bekommen?“

„Richtig, richtig, wenn ich mir's überlege. Ich habe soeben 'ne Spur gesehen, wie von Spottie, zwei Tage alt.“

„Nun, sie war nicht von mir, darauf können Sie Gift nehmen.“

*

Vier Tage verbrachte Wade auf der Lauer in einem Espenwäldchen, auf dem Gipfel eines der höchsten Vorberge, die den White Slides Ranch überragten. Dort lag er in gemächlicher Haltung, wie ein Indianer, still und finster, beobachtete die Pfade am Fuß des Hügels, wartete auf das Ereignis, von dem er wußte, es müsse kommen.

Am fünften Morgen war er bei Sonnenaufgang auf dem Posten. Eine nebensächliche Bemerkung, die am Abend zuvor einer der neuen Cowboys hatte fallen lassen, gab den Anlaß zu Wades frühzeitigem Kundschaftergang. Die Dämmerung war frisch und kühl, ein süßer Salbeiduft hing in der Luft; die Häher verkündeten schreiend ihren Aerger über diesen frühen Störer ihrer Waldesruhe; rosig schimmerte der Osten über dem schwarzen Gebirge, glühte goldig und loderte dann in Flammen auf. Die Sonne. Die ganze Bergeswelt mit ihren schwarzen Ketten, grauen Hügeln und grünen Tälern verwandelte sich wie durch einen Zauberschlag. Wade setzte sich nieder, lehnte seinen Rücken gegen einen Espenstamm, und sein Blick ruhte auf dem Farmhaus und den Korrals. Eine gemächliche Säule blauen Rauches kräuselte sich empor und zerrann in den Himmel. Die Maulesel plärrten, die Kälber muhten, die Fohlen wieherten. Einer der Hunde stieß ein volles, helles Gekläff aus.

Das Bild war schön und friedlich. Wade sah es mit klaren Augen, die alles, alles erfaßten. Friede und Ueberfluß, eines glücklichen Farmers Heim, die Freude der Dämmerung und die Geburt des Sommers, die Belohnungen der Mühsal — alles schien hier bedeutsam und groß. Wade aber überlegte sinnend, wie trächtig von heißem Leben diese stille Szene war — Natur in ihrer Schlichtheit, Freiheit und verborgenen Grausamkeit, das Dasein der Menschen, die blindlings hassen, lieben und sich opfern, meist irgendeinem Nebenziele dienen und doch die Niedertracht nie verwinden, die Hefe mit dem Wein, das Böse mit dem Guten vermischen.

Nach und nach erschienen die Cowboys auf ihren Frühlingsmustangs, ritten zu zweit und zu dritt in verschiedene Richtungen davon. Keiner aber ritt nach Wades Seite. Die Sonne stieg höher, die Luft wurde warm. Bienen begannen Wade zu umsummen, und flatternde Falter taumelten unsicheren Fluges über seinen Kopf.

Nach Verlauf einer weiteren Stunde trabte Bellounds aus dem Hause, sah sich um und ritt dann auf den Schuppen zu, in dem er seine Pferde hielt. Ein Weilchen blieb er unsichtbar; dann tauchte er wieder auf, im Sattel eines Schimmels, ritt auf die Weide hinaus und quer über die Heuwiese bis an den Hang des Hügels. Hier kletterte er zu einem kleinen Espengehölz empor. Dieses Gehölz war nicht sehr weit von Wilson Moores Blockhaus entfernt; ja, es bezeichnete eigentlich die Grenze zwischen des Farmers Weide und dem Gebiet, das Moore sich angeeignet hatte. Hier verschwand Jack den Blicken des Jägers, nicht aber, bevor sich dieser überzeugt hatte, daß Jack vom Pferde gestiegen war.

„Schätze, er hat seine Gründe, warum er über diesen grasigen Boden ritt, — und sie sind mir klarer als jede Spur“, murmelte Wade vor sich hin, während er angestrengt nach der gegenüberliegenden Seite des Tales starrte. Schließlich kam Bellounds aus dem Gehölz hervor und führte sein Pferd bis an den Pfad, der zu Wades Hütte führte. An dieser Stelle stieg Jack in den Sattel und ritt nach Westen. Entgegen seiner sonstigen Gewohnheit, die ihn zu einem scharfen und schnellen Reiter stempelte, ließ er den Schimmel in leichtem Trott marschieren, wie man es etwa von einem Cowboy erwarten darf, wenn er an sein Tagewerk geht. Wade mußte seine Position verändern, um Bellounds zu beobachten, und sein finsterer Blick folgte ihm über den Hügel, den Hang hinab, an dem Weidenufer des Baches entlang und immer weiter bis an die entgegengesetzte Seite des großen Tales, wo Jack in der Richtung auf den Buffalo Park bergauf zu klettern begann.

Nachdem Bellounds verschwunden und ungefähr eine Stunde verstrichen war, lief Wade an der anderen Seite des Hügels hinunter, fand sein Pferd in einem Dickicht an der Stelle, wo er es verlassen hatte, stieg in den Sattel und ritt in einem großen Bogen dem Pfade zu, den Bellounds gewählt hatte. Deutlich zeigten sich die Abdrücke einer frischen Hufspur in dem Staub. Und die Spur des linken Vorderfußes stammte von einem grob dreieckigen Huf.

(Fortsetzung folgt.)

Die Geschäfte des Staates

Gegen die Ausdehnung der Staatsmonopole auf die schlesische Wojewodschaft auf Tabak und Spiritus wird seit Jahren geschrieben und geredet. Selbst der schlesische Sejm hat sich gegen diese Ausdehnung ausgesprochen, doch läßt das alles die Warschauer Zentralregierung kalt. Es bleibt eben bei der Ausdehnung und mit diesem Gedanken müssen wir uns abfinden.

Wir, Sozialisten, sind grundsätzlich keine Gegner von Verstaatlichung der Produktionsmittel und selbst des Handels mit den hergestellten Produkten jener Betriebe. Die Verstaatlichung von Produktion und Handel ist viel mehr eine alte sozialistische Forderung und sie findet ihre Begründung in der Tatsache, daß durch sie die Arbeiter in einem demokratisch regierten Staate auf die Verwaltung der großen Betriebe Einfluß gewinnen. Allerdings gibt es noch andere Wege, die dem Arbeiter die Kontrolle der Verwaltung der Betriebe ermöglichen, die durch die Arbeitergewerkschaften geführt werden. Das Betriebsrätegesetz weist uns ebenfalls einen Weg zur Verwirklichung unserer Ziele, nur müßte es in der Richtung ausgedehnt werden, daß dem Betriebsrate die Büchereinsicht und womöglich auch Sitz und Stimme im Aufsichtsrate einzuräumen wäre. Will man aber den Besitz der Produktionsmittel für Bereicherungszwecke eines Geldbesitzers ausschalten und sie der Allgemeinheit nützlich machen, so läßt sich das nur durch ihre Verstaatlichung erzielen. Aber hier haben wir eine Reihe von Einwendungen und Einschränkungen, die vielfach unsere Stellungnahme zu dem ganzen Problem bestimmen. Wir würden unter keinem Umstande zulassen, daß Produktionsmittel verstaatlicht werden, wenn der Staat durch Oligarchie, oder einen Diktator regiert wird. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel wird von den Sozialisten so verstanden, daß sie nicht dem einzelnen Individuum, sondern der Allgemeinheit nützlich gemacht werden sollen. Darauf kommt doch hauptsächlich an und nicht etwa auf die Füllung der leeren Staatskassen auf Kosten der Konsumenten, wie das heute bei uns in Polen der Fall ist. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel kann also nur ein demokratisch regierter Staat durchführen, wo die Volkskontrolle in jeder Hinsicht zufriedenstellend ist.

Wir sprachen anfangs von Staatsmonopolen auf Tabak und Spiritus, die teilweise durch den Staat selbst produziert und einzigst und allein an den Konsumenten gebracht werden. Sehen wir uns die finanzielle Seite dieser Staatsverwaltung näher an, damit wir uns Rechenschaft geben, ob wir solche Verstaatlichung billigen können. Da haben wir zuerst das Tabakmonopol. In dem Budgetjahre des polnischen Staates 1928/29 oder vom 1. April 1927 bis 31. 3. 1928 finden wir einen Betrag von 372 Millionen Zloty, die das Tabakmonopol als Reingewinn an den Staat abgeführt hat. Neben diesen 372 Millionen Zloty Reingewinn hat das Tabakmonopol 25 505 000 Zloty Zinsen und Amortisationsrate an Italien abgeführt, was ebenfalls dem Reingewinn zuzuschlagen ist, so daß der Reingewinn 397,5 Millionen betragen hat. An Rohmaterial wurde in derselben Zeit für 75,2 Millionen Zloty angeschafft. Man stelle sich also vor, daß bei einer Materialanschaffung von 75 Millionen Zloty ein Reingewinn von 397,5 Millionen Zloty erzielt wird. Diese Zahlen sprechen eine so deutliche Sprache, daß es jede Bemerkung überflüssig erscheint. Das Tabakmonopol kann jeden Preis für seine Erzeugnisse fordern, nicht anstatt gute Ware anbieten, weil es keine Konkurrenz zu fürchten braucht, zumal keine da ist.

Mit dem Spiritusmonopol verhält sich die Sache genau so, wie beim Tabak. In dem Budgetjahre 1927/28 wurde ein Bruttonutzen von 513,3 Millionen Zloty erzielt und ein Reingewinn von 357 Millionen Zloty an den Staat überwiesen. Außerdem erhielten noch die Kommunen als Entschädigung 38.8 Millionen Zloty, so daß das Reingewinn insgesamt 397,8 Millionen Zloty betragen hat. An Spirituseinkauf wurden 95 Millionen Zloty und sonstiges Material 19,5 Millionen Zloty oder 19 Prozent des Reingewinnes ausgegeben.

Solche Geschäfte könnte sich wohl jeder gefallen lassen. Beim Tabakmonopol werden bei 14 Zloty Auslagen 100 Zloty Reingewinn und beim Spiritusmonopol bei einer Auslage von 19 Zloty 100 Zloty Reingewinn erzielt. Was sollen aber dazu die Konsumenten sagen? Sollen die sich für die Dauer so rupfen lassen? Es braucht wohl keiner weiteren Erörterung, daß eine solche staatliche Verwaltung von Produktionsmittel die Sozialisten nicht wollen und sie auch rücksichtslos verurteilen.

Polnisch-Schlesien

Spitzbuben

Verhandlung im Sitzungszimmer eines Arbeitgeberverbandes. Der schöne, geschmackvoll möblierte Raum läßt erkennen, daß die Industriellen ihre Organisation durchaus nicht Mangel leiden lassen.

Um den langen Verhandlungstisch herum gruppierten sich — fast möchte man sagen, nach einer stillschweigend vereinbarten Rangordnung — nacheinander folgende Leute: Die Direktoren eines großen Werkes, mehrere Syndizi der Industriellen-Organisation — Doktoren —, eine Sekretärin als Protokollführerin, einige Angestellte der Arbeitergewerkschaft und die Vertreter des Betriebsrates der verhandelnden Firma. Gegenstand der Tagesordnung: Die Verschärfung der Sicherheits- und Kontrollvorschriften der Arbeitsordnung.

Die Firma verlangt für ihre sogenannten Sicherheitsbeamten das Recht, daß sie jeden Werksangehörigen, überall und jederzeit, insbesondere beim Verlassen der Fabrik, auf etwa unrechtmäßigerweise mitgeführte Gegenstände untersuchen können. Sogar das Recht der Leibesuntersuchung nimmt die Firma für ihre Beauftragten in Anspruch; wer sich von den Arbeitern widersetzt, soll fristlos entlassen werden.

Die Direktoren und noch mehr die Syndizi der verschiedenen Grade sind glänzende Verfechter ihrer Sache. Sie beweisen mit ganzen Aktenbündeln nicht nur, daß die Unternehmer ein gesetzliches Recht zu solchen Durchsuchungen haben, sie zeigen an Dutzenden von schwarz auf weiß belegten Beispielen, daß die X-Firmen eine ebensolche und noch schärfere Kontrolle der Arbeiterschaft besteht. Entscheidungen der Arbeitsgerichte, der Schlichtungsausschüsse und der Landgerichte werden geschickt angeführt. Die Direktoren weisen auf wiederholt vorgekommene Diebstähle hin. Wie sollen sich die Werke dagegen schützen?

Nicht, daß die Arbeiter- und Gewerkschaftsvertreter solche Diebstähle bestreiten wollten — o nein! Sie zeigen ebenfalls an der Hand von Beispielen, wie auch ohne scharfen Kontrollvorschriften sich die Arbeitgeber durch verständnisvolles Zusammenarbeiter mit der Betriebsvertretung der Arbeiter gegen Diebe und Hehler innerhalb der Belegschaft wehren können, zumal alle anständigen Arbeiter, die doch 99 v. H. aller Arbeitsnehmer ausmachen, nichts gegen die Dingfestmachung Unehrlicher einwenden, da sie sich dadurch selbst vor Diebstahl schützen.

Vergebens suchen die Vertreter des Betriebsrates den Wortführern der Industrielle verständlich zu machen, daß es ein Eingriff in die durch die Reichsverfassung gewährleistete persönliche Freiheit des Einzelnen bedeutet, wenn er sich von dem Angestellten seines Unternehmers körperlich durchsuchen lassen soll, daß dieses Recht nur einer gesetzlichen Körperschaft, eben der Polizei zustehe. Vergebens ist der Hinweis auf die persönliche Ehrkränkung, die in solchen Kontrollmaßnahmen und Durchsuchungen liegt. — Vergebens! — Die Firma verlangt für sich und die Syndizi, verlangen für alle Verbandsfirmen, soweit da nicht schon besteht, eine Verschärfung der Arbeitsordnung zur rücksichtslosen Kontrolle der Arbeiter.

Stundenlang währt das Hin und Her des Wortgefechts. Ergebnis? Keinerlei Verständigung. Wie auch? Hat doch der erste Geschäftsführer des Industriellenverbandes die Verhandlungen geleitet. Und ganz natürlich nicht unparteiisch, das lag ja schließlich in seiner Person. Nicht derb und auch nicht leidenschaftlich ergriff er Partei. Nein, bei Gott nicht, wenn er auch ernst und gewichtig mit seinen zwei Zentnern Lebendgewicht, eine gute Havanna schmauchend, seinen Klubsessel drückte.

„Aber sehen Sie doch, meine Herren,“ so suchte er mit guten Worten auf die Arbeitervertreter einzuwirken, „die Menschen sind nun einmal nicht alle so ehrlich und gewissenhaft wie Sie und wie wir wohl alle hier, nicht wahr? — Wie wollen Sie die Spitzbuben fassen? — Nur durch scharfe Kontrolle, allein schon zur Abschreckung. Oder glauben Sie nicht, daß schon allein das Bewußtsein der vorhandenen Kontrollvorschriften solche Spitzbuben an der Ausführung solcher Diebstähle hindert?“ —

Das wurde nun von den Arbeitervertretern bestritten mit der Behauptung, daß gerade die großen Spitzbuben immer raffiniert genug seien, um solche bestehenden Kontrollmaßnahmen und Organe zu umgehen oder geschickt zu täuschen.

Zwecklos waren alle Reden. Der Schlichtungsausschuß als die einzig zuständige und leider zu der Zeit auch noch endgültig entscheidende Stelle mußte sein Urteil fällen.

Wieder stritten die Parteien mit langen Reden. Wieder wurden Gründe und Gegengründe, wurden Gerichtsurteile, Arbeitsordnungen, Vereinbarungen und Gesetzesbestimmungen ins Feld geführt. Nur hatte diesmal ein Richter den Vorsitz; aber der Vorsitzende der ersten Verhandlung, der Geschäftsführer der Industriellenorganisation, war einer der Beisitzer von Arbeitgeberseite.

Der Richter suchte zu vergleichen, ohne Erfolg deshalb, weil sein Vergleichsvorschlag auf eine glatte Unterwerfung der Arbeiter hinauskam. — Kann man sich alsdann ein Urteil denken? — Die Vertreter der Arbeiter waren in der Minderheit und der dicke Geschäftsführer der Unternehmer stimmte mit seinem Kollegen, einem Arbeitgebersyndikus, mit dem Richtervorsitzenden für eine entsprechende Verschärfung der Arbeitsordnung, die dem sogenannten Sicherheitsdienst der Firma das Recht zusprach, jederzeit und überall eine Kontrolle und wenn ihm notwendig erscheinend, auch im Portierhaus eine Leibesuntersuchung der Arbeiter vornehmen zu können.

Und nun, lieber Leser, geht die Geschichte aus. — Kannst du dir denken, wie? Man hat von der Zeit an in allen Werken und Fabriken in besagter Stadt und in der ganzen Republik in den Reihen der Arbeiter alle Spitzbuben ausfindig gemacht und ihrem gerechten Richter übergeben? Man hat die deutsche Industrie — Verzeihung, die ganze deutsche Wirtschaft — nicht doch, man hat vor allem die Fabrikanten und Industriellen vor ungeheuren Verlusten, vor Diebstählen und Betrügereien und ungezählten Spitzbuben bewahrt? — Ja, hat man das? Ich muß gestehen, ich weiß es nicht, ich vermute es.

Aber eines kann ich dir, lieber Leser, bestimmt verraten: Man hat in der Stadt, in der sich die oben erzählte Geschichte abgespielt hat, ungefähr ein halbes Jahr später, folgende aufsehenerregende Notiz in der Zeitung gelesen: „Verhaftet wurde der Geschäftsführer X der .... Arbeitgeberorganisation, weil er im Zeitraum von etwa zwei Jahren über 100 000 Mark unterschlagen hat, obwohl er nicht nur ein sehr hohes Gehalt bezog, sondern auch das Vertrauen aller Mitglieder, insbesondere des Vorstandes seiner Organisation in unbeschränktem Maße genoß.“ —

Es war derselbe Geschäftsführer, der in besagter Sitzung den Vorsitz führte und den Arbeitern Mittel und Wege zeigen wollte, die Spitzbuben in ihren Reihen zu ermitteln. An andere Spitzbuben hatte er kaum gedacht.

„Verächtlichmachung des Staates?“

Vor einigen Monaten veranstaltete der Deutsche Bergarbeiterverband in Ruda eine Zusammenkunft seiner Mitglieder, zu welcher auch Sangesbrüder aus Königshütte eingeladen wurden. Hiervon haben einige Patrioten vom Westmarkenverein erfahren und erschienen unter Führung der aus Gleiwitz entflohenen Krakehler Paskuda und Krafczyk im fraglichen Lokal und versuchten die Veranstaltung zu stören. Die Versammlung wurde daraufhin aufgelöst und in einem anderen Lokale wurde nun der Leiter des Bergarbeiterverbandes in Ruda von Paskuda provoziert und mit Billardstöcken bearbeitet, wobei es zum Wortwechsel kam, so daß der Gastwirt eingreifen mußte. Paskuda, der ja als ein Radauheld in Ruda bekannt ist, stellte nun den Namen des Genossen Danisch fest, obgleich Polizei im Zivil zugegen war. Gegen diese Anmaßungen Paskudas wehrte sich Kamerad Danisch und nun wurde ihm unterschoben, daß er sich in der Abwehr gegenüber Paskuda antistaatlicher Aeußerungen hätte zuschulden kommen lassen. Die Angelegenheit hatte nun ein gerichtliches Nachspiel vor dem Amtsgericht in Ruda, wobei Kamerad Danisch zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Interessanter ist aber der Prozeßverlauf, weil die Entlastungszeugen des Angeklagten nicht geladen wurden, ferner der Provokateur dieser Vorgänge nicht als Zeuge geladen wurde, sondern ein gewisser Krafczyk, der im Widerspruch zu dem Angeklagten die angeblichen Aeußerungen gehört haben will. Der Angeklagte beantragte Verlegung des Termins und Ladung Paskudas als Zeugen, sowie die Vorladung seiner Zeugen, worauf indessen vom Gerichtsvorsitzenden nicht reagiert worden ist. Der Gastwirt, in welchem Lokal sich die Zusammenstöße ereignet haben, weiß von antistaatlichen Aeußerungen des Angeklagten nichts, der Angeklagte hingegen behauptet, daß der Provokateur zu diesen Vorgängen der Paskuda sei, der ja in Ruda als Radauheld bekannt ist. Ohne daß der Staatsanwalt irgendwelche Anträge auf Bestrafung stellte, zog sich das Gericht zurück und verkündigte das Urteil auf zwei Wochen Gefängnis. Merkwürdig mußte es bei dieser Verhandlung berühren, daß sogar die nötigen Unterlagen fehlten, man mußte selbst auf die Zustellung des Dziennik Rzeczypospolitej warten, man kam nicht vorwärts. Der eigentlich schuldige Provokateur Paskuda ist nicht einmal als Zeuge vorgeladen, während Kamerad Danisch verurteilt worden ist. Gegen dieses Urteil wird Revision eingelegt.

Ausschreibung von Lehrstellen für die Kattowitzer Minderheitsschulen

Das Kommunale Schulwesen in Kattowitz erleidet durch eine Verordnung des Ministeriums, wonach in den Schulen nur Lehrkräfte mit abgeschlossener akademischer Ausbildung beschäftigt werden dürfe, eine schwere Zurücksetzung, daß besonders für die Minderheitsschulen schwer fällt, geeignete Lehrkräfte mit den Anforderungen, wie sie vom Kultusministerium gestellt werden, zu beschaffen. Sowohl an den Minderheitsschulen als auch an den polnischen Schulen ist auf Grund dieses Erlasses einer Anzahl Lehrkräfte, die den Bedingungen nicht entsprachen, zum Schluß des Schuljahres gekündigt worden. Die Stadt Kattowitz hat daher die Ausschreibung einer ganzen Anzahl von Lehrstellen für die Minderheits-Oberrealschule und das Lyzeum vornehmen müssen.

Vor einem Streik der Ziegeleiarbeiter

Die Lohnverhandlungen im Ziegeleigewerbe haben sich ziemlich zugespitzt, da die Unternehmer unter keinen Umständen den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer nachkommen wollen. Bereits ist von den Verbänden ein Streikbeschluß gefaßt worden, jedoch mit Rücksicht darauf, daß am 14. Mai Verhandlungen mit dem Schlichtungsausschuß stattfinden, ist er vorläufig nicht zur Durchführung gelangt. Allerdings wird mit einem Streik stark gerechnet.

Gegen die Zahntechniker

In ganz Deutschland und selbstverständlich auch bei uns in Polnisch-Oberschlesien kann ein jeder Zahntechniker, sobald er dazu die Befähigung besitzt, sich selbständig machen. Seine Heilkunst, die nicht selten jene des studierten Zahnarztes übersteigt, wird schließlich auf bestimmte Fälle beschränkt. So war es schon immer in Deutschland und bei uns gewesen, nicht aber in Oesterreich und dem ehemaligen Galizien. Dort konnte das Zahngewerbe lediglich der studierte Zahnarzt ausüben. Er konnte sich wohl Zahntechniker halten, die an den Kunstzähnen und Gebissen hantierten, sich aber an den Patienten nicht heranwagen durfen. Jeder Zahnarzt mußte den Titel „Doktor“ haben, genauso, wie jeder Rechtsanwalt in Oesterreich, wo jeder zweite Mensch sich „Doktor“ schimpfte. Die österreichischen Zustände werden leider auf allen Gebieten des menschlichen Lebens in Polen eingeführt, nur in etwas schlechterer Form. Warum sollten davon die Zahntechniker verschont bleiben, ist nicht einzusehen. In Polen selbst wurde durch eine Verordnung des Staatspräsidenten vom Juni 1927 der Zahntechniker von dem Patienten verdrängt. Nur bei uns in Ostoberschlesien ist das noch nicht der Fall. Hier zieht der Zahntechniker unter dem Schutze der schlesischen Autonomie weiterhin dem Patienten die kranken Zähne. Ob er sie aber noch lange ziehen wird, ist eine andere Frage.

Die „Polska Zachodnia“, die in der österreichischen Schlamperei sich am glücklichsten fühlt, geht bereits den schlesischen Zahntechnikern an den Kragen. In ihrer Dienstagnummer nennt sie die Zahntechniker „Wahrsager“ und wendet sich scharf gegen sie. Daß sich der Zahnkranke viel lieber zu einem Zahnarzt als einem bloßen Zahntechniker begibt, wäre evtl. verständlich, andererseits aber ist der Zahntechniker viel billiger, als der Zahnarzt. Er macht dieselbe Arbeit für das halbe Geld und nach dem das Volk verarmt ist, müssen wir uns gegen die Beseitigung der Zahntechniker wenden.

Zuckerwaren und Drogen in der Karbidbüchse

Daß die Arbeitslosen zu allen nur erdenklichen Mitteln greifen, um ihr recht mageres Einkommen zu steigern, begreift man durchaus. Auch dann, wenn dies oder jenes Mittel nicht immer unsere Billigung finden sollte. Die allermeisten haben sich wohl auf den Handel geworfen, was man so Handel nennen kann. Denn armselig genug ist er. Gewöhnlich besteht der Laden aus einem kleinen Holzkasten oder einer Karbidbüchse, in der die „Waren — Hosenknöpfe, Schuhsenkel, Zwirn usw., untergebracht sind. Gerade glänzende Geschäfte machen diese Händler nun nicht, denn wer ihnen schon etwas abkauft, tut dies aus Mitleid. Weiß er doch zu gut, daß es sich um Arbeitslose handelt. Und so wandern diese Händler auf die Dörfer. Hier findet ihre Ware begreiflicherweise einen besseren Absatz, zumal wenn es nicht gerade auch Hosenknöpfe und Schuhsenkel sind. Hier floriert das Geschäft am besten mit Drogen und Zuckerzeug. Gewiß, wir gönnen den Arbeitslosen jede Verbesserung ihres Einkommens, aber der Handel mit den letztgenannten Waren hat doch seine Bedenken und das vom gesundheitlichen Standpunkt. Kunterbunt sind nämlich die Bonbonssorten, wie Zuckernüsse, Liebesperlen, Schneeflocken und wie sonst noch heißen mögen, meistenteils in einer Karbidbüchse zusammen mit Mottengift und Wanzenpulver und sonstigen Pülverchen untergebracht. Das andere, wenn sich das Geschäft abspielt, kann man sich ja denken. Hier liegt eine nicht unerhebliche Gefahr in hygienischer Hinsicht, die von den Dorfleuten sehr wenig beachtet wird. — Vielleicht befassen sich die örtlichen Stellen einmal damit. Allerdings glauben wir nicht, daß man so ohne weiteres einen derartigen Handel unterbinden können wird, sofern man nicht für Arbeitsgelegenheit sorgt! — Doch ist es notwendig, diesen unhygienischen Drogen- und Zuckerwarenhandel etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Kattowitz und Umgebung

Beschlüsse des Kattowitzer Magistrats.

Die 900 000 Zloty-Anleihe der Landesversicherungsanstalt.

Auf der letzten Sitzung des Magistrats in Kattowitz, welche am Dienstag abgehalten wurde, gelangte zunächst das Projekt des Anleihevertrages zwischen dem Zaklad Ubezpieczen und der Stadt Kattowitz zwecks Gewährung einer Anleihe in Höhe von 900 000 Zloty zur Annahme, welche für die Beendigung der Häuserbauten in der Wohnhauskolonie auf der verlängerten ulica Raciborska und weitere Investitionszwecke bestimmt ist. — Angenommen wurde ferner das Reglement der Grundstückskommission. — Eine Beihilfe von 2 000 Zloty ist als einmalige Einlage dem polnischen Städteverband für den Unterstützungsfonds der Hinterbliebenen (Witwen und Waisen) polnischer Schriftsteller gewährt worden. — Anläßlich des Nationalfeiertages wurde eine Subvention von 500 Zloty für das „Towarzystwo Czyteln Ludowych (Verband der Volksbüchereien) bewilligt.

Zur Aerzte-Tagung, welche am 17. Juni d. J. in Lodz abgehalten wird, ist der Chefarzt des städtischen Krankenhauses in Kattowitz, Dr. Wilimowski als Delegierter vorgesehen worden. Im Behinderungsfalle soll Kreisarzt Dr. Koloczek nach Lodz entsandt werden. — Der Dezernent für das städtische Feuerlöschwesen, Stadtrat Schmiegel wird zu der Prager Feuerwehrtagung am 29. Juni d. J. delegiert. — Auf dem Flugplatz in Kattowitz soll ein Feuermelder unter der Voraussetzung eingebaut werden, daß der Antragsteller vorher die Kosten für Ausführung der Installationsarbeiten hinterlegt.

Körperkulturabend. Montag, den 14. d. Mts., abends ½8 Uhr, findet findet ein Körperkulturabend der Musterturnschule Kattowitz statt. Das Programm umfaßt: 1. Neuzeitliches Turnen, Gymnastik und Tanz aus der Logeschule für Bewegungskunst in Hannover, desgleichen auch aus der Schule Professor Grob, Leipzig. 2. Uebungen und Formen nach Bode und Hellerau. 3. Tänze und Uebungsformen nach Entwürfen von Dulawski Die Musterturnschule Dulawski ist durch ihre hervorragenden Leistungen bestens bekannt und ihre öffentlichen Aufführungen werden jedesmal zu einem besonderen Anziehungspunkt für jung und alt. Ihr Ziel ist, den Körper frisch und gesund zu erhalten ,ihm Kraft, Beweglichkeit und Anmut zu verleihen. In welch hohem Grade dies Herr Dulawski bei seinen Schülern und Schülerinnen gelungen ist, werden die Vorführungen zeigen. Es ist staunenswert, welch hoher Grad von Vervollkommnung durch beharrliche und zielbewußte Uebung erreicht werden kann. Für die Schüler findet nachmittags um 3 Uhr, eine Sonderaufführung statt. Karten sind an der Kasse des Deutschen Theaters täglich von 10 bis 2 Uhr zu haben.

Sprechchorkurs. Der vom Deutschen Kulturbund veranstaltete Sprechchorkurs beginnt Montag, den 14. d. Mts., 7 Uhr abends, in den Räumen der Mittelschule auf der Schulstraße.

Städtische Wohlfahrtsfürsorge. Die städt. Fürsorge- und Beratungsstelle für Mütter und Kinder in Zalenze, ulica Wojciechowskiego 99, ist nach den restaurierten und geschmackvoll ausgestatteten Räumen im früheren Gemeindehaus verlegt worden. Die Sprechstunden erfolgen jeden Mittwoch in der Zeit von ½5 bis ½6 Uhr nachmittags. Ferner ist eine Beratungsstelle für werdende Mütter neu errichtet worden, woselbst ebenfalls an jedem Mittwoch, allerdings in der Zeit von ½6 bis 6 Uhr Sprechstunden abgehalten werden. Die Leitung hat der städtische Arzt Dr. Szczepainski in Domb übernommen. Im Ortsteil Zawodzie ist neuerdings bei der dortigen Beratungsstelle für Mütter und Kinder ebenfalls eine Beratungsstelle für werdende Mütter im Rathaus eröffnet worden, und zwar unter Leitung des Arztes Dr. Skupin. Sprechstunden werden an jedem Dienstag nach dem 15. d. Mts. in der Zeit von ½5 bis ½6 Uhr abgehalten.

Ermäßigung der Mehl- und Brotpreise. Für die laufende Woche sind die vorgeschriebenen Höchstpreise für Mehl und Brot erstmalig heruntergesetzt worden. Die Preisfestsetzungskommission beim Magistrat in Kattowitz hat auf ihrer letzten Sitzung nachstehende Preisänderungen eintreten lassen: Für Weizenmehl (60 Prozent) von 48 auf 46 Groschen pro Pfund. Roggenmehl (70 Prozent) von 42 auf 41 Groschen, Brot aus 65prozentigem Roggenmehl von 42 auf 41 Groschen. Die neuen Preise gelten ab heutigen Donnerstag. Preisüberschreitungen werden bestraft.

Lebendig verbrannt. Auf schreckliche Weise kam der Obdachlose Bernhard Blachetta ,welcher in einer Holzscheune auf dem Gelände des Dominiums Zalenze übernachtete, zu Tode. In der Nacht zum Mittwoch brach in der Scheune Feuer aus, welche vor Eingreifen der Feuerwehr vernichtet wurde. B., wurde im Schlafe vom Feuer überrascht und erlitt so arge Brandwunden, daß er kurze Zeit nach Einlieferung in das städt. Spital in Kattowitz verstarb.

Vom Gerüst abgestürzt. Am Mittwoch vormittag stürzte der Arbeiter Paul Bladlek aus Kattowitz von einem Baugerüst aus 6 Meter Höhe herab und erlitt einen komplizierten Beinbruch. Der Verunglückte war mit der Ausführung der Putzarbeiten am Büro-Gebäude der Giesche-Gesellschaft auf der ulica Wojewodzka in Kattowitz beschäftigt. Man schaffte B. nach dem städtischen Krankenhaus.

Bestrafte Radio-Schwarzhörer. Weil sie in ihrer Wohnung ohne vorherige Anmeldung und Genehmigung Radioapparate angebracht hatten, wurde gegen Franz G., Johann Sk. und Johann G. aus Domb Anzeige erstattet. Alle drei vorgenannten Personen hatten sich vor dem Kreisgericht Kattowitz zu verantworten und wurden zu einer Geldstrafe von je 10 Zloty einschließlich Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Dies anderen Radio-Schwarzhörern zur Warnung!

Die neue Verkehrsinsel. Eine provisorische Verkehrsinsel in einem Durchmesser von 60 Zentimetern, ist an der Kreuzung ulica Pocztowa—3-go Maja—Ring rechtsseitwärts von der alten Verkehrsinsel und zwar direkt am Eingang der Pocztowa aufgestellt worden. Von dieser übersichtlichen Stelle aus soll nunmehr bis zur Aufstellung der neuprojektierten Verkehrsinsel die Verkehrsregelung erfolgen. Zu bemängeln ist allerdings, daß die neue Insel bei Anbruch der Dunkelheit infolge mangelnder Beleuchtung nicht übersichtlich genug ist und nur zu einer Art Verkehrshindernis werden kann.

Wieder ein Meineidsprozeß. Vor dem Landgericht Kattowitz wurde gegen den Landwirt Franz M. aus Oberlazisk wegen Meineids am Mittwoch, verhandelt. Der Angeklagte wurde vor längerer Zeit in einer Streitsache vor Gericht unter Eid gehört und soll wissentlich falsche Aussagen gemacht haben. Daraufhin ist Anzeige erstattet worden. Bei seiner Vernehmung erklärte der Angeklagte, daß er zurzeit die Angaben wahrheitsgemäß gemacht hätte. Die Aussagen der Zeugen waren jedoch belastend. Das Gericht sah Meineid infolge Fahrlässigkeit als vorliegend an und verurteilte den M. zu 2 Monaten Gefängnis bei einer Bewährungsfrist von 2 Jahren. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre Zuchthaus.

Königshütte und Umgebung

Das Arbeitslosenamt an die Arbeitgeber.

Das Arbeitslosenamt Königshütte hat in letzter Zeit festgestellt, daß sich eine große Anzahl von Arbeitgebern an die vorgeschriebenen Vorschriften bezw. Anmeldung freier Stellen nicht halten. Manche Firmen nehmen ohne Vermittlung des Arbeitslosenamtes Arbeitskräfte an und kommen nicht nachträglich um die Genehmigung ein. Da dieses unzulässig ist, warnt das Arbeitslosenamt vor derartigen Einstellungen. Die Benötigung von Arbeitskräften hat nach den bisherigen Vorschriften zu erfolgen, wobei der Name und Adresse der Firma, Beruf und Anzahl der benötigten Arbeitskräfte, deren Qualifikation, Arbeits- und Zahlungsbedingungen, das Datum der freiwerdenden Stellen und gleichzeitig die Zeit für das in Frage kommende Arbeitsverhältnis angegeben werden muß.

Ein besonderes Augenmerk wird das Arbeitslosenamt darauf richten, daß auch den angenommenen Arbeitskräften eine entsprechende Bezahlung geleistet wird, die den augenblicklichen Lebensbedingungen einigermaßen entspricht. Das Arbeitslosenamt wird in Zukunft nur denjenigen Firmen Arbeitskräfte stellen, die bei der Anmeldung der freien Stellen gleichzeitig die Arbeits-, Zeit- und Zahlungsbedingungen bekannt geben. Solche Firmen, die sich an die Vorschriften nicht halten, werden zur Verantwortung gezogen, und ihnen so lange keine Arbeitskräfte zugewiesen werden, bis sie den Bestimmungen der Verordnung vom 27. April 1927 nachkommen. m.

Ausschreibung. Im städtischen Kinderheim in Orzesche soll eine neue Wasserleitung angelegt werden. Die Ausführung dieser Arbeiten und die Lieferung des Materials wurden ausgeschrieben. Offerten sind bis zum 21. Mai, mittags 12 Uhr, im städtischen Betriebsamt an der ulica Bytomska 11, einzureichen. Daselbst werden auch Unterlagen verabfolgt. m.

Die Kinderbettelei. Zweifellos ist in unserer Stadt das Bettelunwesen, welches schon mehr als das war, bedeutend zurückgegangen. So lange die öffentliche Fürsorge nicht im weiteren ausreichenden Maße einsetzen wird, so ist an eine vollständige Ausrottung der Bettelei überhaupt nicht zu denken. Auf alle Fälle kann man mit dem Erfolge, die die Maßnahmen der privaten Kreise, sowie des Magistrats zufrieden sein. Die Maßnahmen aber, welche die Tätigkeit der berufsmäßigen Bettler einschränkten, brachten jedoch wieder eine üblere Erscheinung mit sich, und zwar die Kinderbettelei. Sieht man sich diese bettelnden Kinder etwas genauer an, so wird man die Vermutung nicht los, daß die meisten Kinder berufsmäßig zum Betteln erzogen werden. Hierin liegt eine bedenkliche Gefahr vor für die Allgemeinheit, dann aber auch für die Kinder selbst. Deshalb wäre es unbedingt notwendig, wenn sich der Magistrat mit dieser Angelegenheit etwas näher befassen und ähnliche Maßnahmen treffen wollte, wie sie bereits der Magistrat in Kattowitz ergriff. Sie waren zwar nicht linde, brachten aber einen merklichen Erfolg, denn die Kinderbettelei ist dort so gut wie ausgerottet, handelte es sich um eine gut organisierte, berufsmäßige Kinderbettelei. In Königshütte dürfte es in dieser Beziehung auch nicht besser stehen. Hier wäre es auch Pflicht des in der Stadt bestehenden Vereins für Kinderfürsorge , in dieser Angelegenheit einzuschreiten und der Kinderbettelei einen Riegel vorzuschieben, damit die fortgesetzten Klagen der Bevölkerung über die Belästigungen verstummen. m.

Einlegung von Feierschichten. Zwecks Streckung der noch wenigen vorhandenen Privataufträge legt die Waggonfabrik der Werkstättenverwaltung wöchentlich drei Feierschichten ein. Auf Grund dessen ist in den nächsten Wochen mit größeren Arbeiterentlassungen zu rechnen. Alle bisher unternommenen Schritte des Betriebsrates bei den maßgebenden Behörden um Gewährung von Reparaturwaggons blieben erfolglos. Wir behalten es uns vor, auf diese Angelenheit noch näher einzukommen, falls der letzte Schritt in Warschau erfolglos bleiben sollte. m.

Immer wieder das Auto. Auf der ulica Gornicza wurde die 7jährige Ursula Bielnik, von der ulica Hajducka 38, von einem Auto überfahren. Trotz des sofortigen Anhaltens des Autos konnte das Unglück nicht mehr verhütet werden. Mit demselben Auto schaffte der Chauffeur das Kind ins Krankenhaus. m.

Der Mieterschutzverein Königshütte hielt am Sonntag, den 6. Mai 1928 seine Generalversammlung, die gut besucht war, im Dom Lodowy Kronprinzenstraße ab. Nach herzlicher Begrüßung eröffnete der 1. Vorsitzende Herr Rischke die Versammlung um 4 Uhr nachm. Den Jahresbericht erstattete der 1. Schriftführer p. Chroboczek, den Geschäftsbericht Herr Rischke in dem er hervorhob, daß durchschnittlich im Monat 63 Termine vor Gericht und Mietseinigungsamt stattfanden. Den Kassenbericht gab Herr Nowak und Kassenprüfer Herr Zgodzaj. Hierauf erfolgte die einstimmige Entlastung des alten Vorstandes. In den neuen Vorstand wurden gewählt: Als 1. Vorsitzender Rischke Karl, ul. Ligota Gürnicza 45; 2. Vorsitzender Widura Josef, ul Szpitalna Nr. 8; 1. Schriftführer Chroboczek Pius, ul. Slowackiego 1; 2. Schriftführer Nawrottek Alexander, ul. Bytomska 18; 1. Kassenführer Nowak Paul, ul. Ks. Bogdaina 3; 2. Kassenführer Maschnitza Johann, ulica Wolnosci Nr. 70. Als Beisitzer die Herren Jarzombek, Wons, Kühler, Mann, Puppe. Kulpa. Mazurkiewicz und Frau Dobin. Als Revisoren die Herrn Wieczorek und Zgodzaj. Hierauf setzte der 1. Vorsitzende Herr Rischke die Versammlung in Kenntnis von den beabsichtigten Forderungen der Hausbesitzer bezw. von dem Memorial zusammengesetzt in 9 Punkten das dem Schlesischen Sejm vorgelegt wurde, worin dem Mieter sämtliche erworbene Rechte abgesprochen werden sollen. Eine unbeschreibliche Entrüstung rief die Bekanntmachung hervor, daß der Urheber dieses Memorial der Geistliche Herr Rosmus aus Nikolai sein soll. Alsdann ergriff Herr Kachel aus Chorzow das Wort. In seinen längeren Ausführungen wies der Redner auf die Gefahr hin, wie solche unberechtigten Forderungen der Hausbesitzer auf die Mieter einwirken, bemerkte ferner, daß die Hausbesitzer vor und während des Krieges Schulden, wie Haare am Kopfe hatten und jetzt von einer Verschuldung geschweige Verarmung nichts zu merken wäre, im Gegenteil glänzend dastehen. Die Diskussion war sehr rege, es wurde das Verlangen gestellt, an die Behörden und Regierungsstellen einen Appell zu richten, um die unberechtigten Forderungen der Hausbesitzer nicht zuzulassen. In seinem Schlußwort ermahnte Herr Rischke die Versammelten zur Wachsamkeit für Erhaltung ihrer Rechte und reger Anteilnahme an der Mieterbewegung, da nur durch Zusammenschluß aller Mieter das erreichte Recht noch ergänzt werden kann. Resolution. Die versammelten Mieter der Ortsgruppe Königshütte protestieren auf das entschiedenste gegen die beabsichtigte Willkür der Hausbesitzer und verlangen von den Behörden und Regierungsstellen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, damit dieses neue Unrecht gegenüber den Mietern verhindert wird. Wir stellen fest, daß solange die Wohnungsnot besteht, von einer Aenderung bezw. Beseitigung des Mieterschutzgesetzes keine Rede sein kann.

Börsenkurse vom 10. 5. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	$8.91^1/_4$ zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	46.81 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.50 zł
	1 Dollar		=	$8.91^1/_4$ zł
	100 zł		=	46.81 Rmk.

Siemianowitz

In der Zwickmühle.

Wir stehen für unsere Kleinsten von 6 Jahren vor den neuen Schulanmeldungen im allgemeinen, vor den Schulanmeldungen für Minderheitsschulen im besonderen. Während sich erstere sang- und klanglos vollziehen, scheinen verschiedene unserer lieben Mitmenschen für letztere ein ganz besonderes Interesse zu haben. Trotz der klaren Bestimmung, daß die Eltern über den Schulbesuch der Kinder entscheiden, sind wiederum, wie jedes Jahr, Frauen des Sanatorenverbandes unterwegs und versuchen die Eltern zu beeinflussen. Gelingt es ihnen bei den Vätern nicht, so wenden sie sich an die Mütter, von denen sie allerdings noch unglimpflicher behandelt werden und oft die Treppe herunterfliegen, namentlich dort, wo der Mann in Deutschoberschlesien beschäftigt ist. Anderwärts kommt man mit einer ganz zugkräftigen Bremse an und behauptet, im Auftrage des Ministers Kiedron und Oberdirektors Schnappka zu handeln, droht obendrein mit Entlassung des Mannes aus der Arbeitsstelle. Es wäre interessant zu erfahren, ob die beiden Herren tatsächlich dahinterstecken, was wir natürlich von vornherein bezweifeln, da die Genannten bestimmt nicht an einer ebensolchen akuten Gehirnverkleisterung leiden, als wie die Werbedamen.

Jedenfalls ist durch diese Methode die freie Willensäußerung der Erziehungsberechtigten hintenherum, also nicht amtlich, beeinflußt, was bezweckt wird. Wir können es natürlich niemandem verübeln, wenn die Eltern, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, im Existenzkampf gegen ihre Ueberzeugung handeln und dem Drucke nachgeben. Wie hunderte vergangener Maßregelungen beweisen, sind Leute für ihr idealistisches Verhalten meistens sehr schlecht abgefunden worden. Und hier lassen wir gern die Lebensklugheit jedes einzelnen das richtige treffen, denn jeder ißt sich doch selbst die Suppe aus, die er sich eingebrockt hat; sein lieber Nächster läßt ihn im Namen Gottes und aller Heiligen bestimmt im Stich, weil er eben menschlich ist.

Aber festgestellt muß werden, daß es ein trauriges Zeichen unserer so gerühmten, fortgeschrittenen Kulturzeit ist, wenn ein Arbeiter den anderen mit Arbeitslosigkeit bedroht, um einiger Agitationsjudasgroschen willen.

Straßensperrung. Nachdem der hintere Teil der Wandastraße infolge beendeter Pflasterung dem Verkehr freigegeben ist, wird der Teil von der Fitznerstraße bis zur Abzweigung nach dem Bahnhof bis auf weiteres gesperrt.

Es stimmt nicht. Der von Rechnungsführer O., von hier, gemeldete Freitod beruht erfreulicherweise nicht auf Tatsache. Herr O. verschwand für einige Tage zu seiner Verwandtschaft nach Deutschoberschlesien und deshalb verdichtete sich seine längere Abwesenheit zu besagtem Gerücht. — Wenn es sich bestätigt, daß Totgesagte sehr lange leben, so wünschen wir ihm das.

Einen stark verregneten Ausflug in die Beskiden haben die Klassen der Untertertia bis Prima des Minderheitslyzeums unternommen. Bedauerlicherweise kam die Genehmigung auf halben Fahrpreis von der Eisenbahndirektion erst 24 Stunden vor dem Ausflugstag, so daß eine Umstellung nicht mehr erfolgen konnte.

Ueberschüsse vom Floriansfest der Hüttenleute. Durch Lohnabzüge in Höhe von 1.00—0.50 Zloty sowie anderen freiwilligen Spenden ist ein Reingewinn von 4 396 Zloty herausgeholt worden, der an 300 Hütteninvaliden verteilt werden soll, so daß durchschnittlich ein Betrag von 15 Zloty auf den Einzelnen entfällt. Dies war doch endlich einmal eine Veranstaltung, die mehr als einen Promenadenmarsch zum Zweck hatte.

Deutsch-Oberschlesien

Leobschütz. Vor Aufklärung der Brandstiftung im Kreise Leobschütz.) Am vergangenen Sonntag nach 11 Uhr nachts, wurde die Feuerwehr wiederum nach dem Osten der Stadt gerufen, wo die Scheune des Grundbesitzers Barsch brannte. Das Feuer konnte glücklicherweise, ohne weiteren Schaden angerichtet zu haben, gelöscht werden. Da der Brand zu der Zeit ausbrach, in welche die zurückliegenden Brände fallen, fand die Annahme, daß die zahlreichen Brände der letzten Zeit auf Brandstiftung zurückzuführen sind, erneut Bestätigung. Die Landeskriminalpolizei, die diesmal in dieser Gegend Wachtposten aufgestellt hatte, konnte einen verdächtigen Mann festnehmen, der sich als der landwirtschaftliche Arbeiter Michael Tschetschin entpuppte. Letzterer gab nach vielem Leugnen schließlich zu, daß die Brände der letzten Zeit auf sein Konto zu buchen sind. Tschetschin ist ein ehemaliger russischer Kriegsgefangener und betrieb sein Tun bereits seit dem Jahre 1920, ohne aber dingfest gemacht werden zu können. Die gerechte Strafe dürfte nicht ausbleiben.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Katowice; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Der Parteitag der D. S. A. P.

Weiterer Verlauf der Beratungen — Stellungnahme zur politischen Lage

Lodz, den 7. Mai.

Die Beratungen des 4. ordentlichen Parteitages wurden gestern spät abends abgeschlossen. Die geistige Höhe der Referate und Debatten, die frische Stoßkraft unserer Bewegung, die während des ganzen Verlaufs der Beratungen zum Ausdruck kam, haben die Früchte der bisherigen Tätigkeit an der Organisation deutlich erkennen lassen. Die meiste Zeit nahm die Aussprache über den Bericht des Parteivorstandes Abg. A. Kronig in Anspruch. Das politische wirtschaftliche Referat hielt der Abgeordnete E. Zerbe. Die von ihm eingebrachten Resolutionen fanden einmütige Annahme.

*

Resolution zur politischen Lage.

I.

In den zehn Nachkriegsjahren vermochten die kapitalistischen Staaten den Weltfrieden, den sie den Völkern feierlichst versprochen haben, nicht zu sichern. Die Völker leiden nach wie vor unter den Lasten des Militarismus und sind durch ihren politischen und wirtschaftlichen Nationalismus und Imperialismus ständig in Gefahr kriegerischer Konflikte, die unabsehbare Folgen nach sich ziehen können. Ueber den Völkerbund hinaus entstehen Staatengruppierungen und Militärbündnisse, die eine Fortsetzung der gefahrvollen Vorkriegspolitik erblicken lassen. Die Wirtschafts- und Handelspolitik der kapitalistischen Staaten wird nicht geleitet von der Notwendigkeit des gemeinsamen Güteraustausches der Völker auf der Grundlage des freien Wettbewerbs, sondern entgegen den natürlichen wirtschaftlichen Erfordernissen, von den Sonderinteressen der nationalen oder internationalen Kapitalistengruppen, wodurch künstliche Wirtschaftsgebilde mit dem damit verbundenen Preisdiktat entstehen.

Die Partei ist überzeugt, daß die

Organisierung und die Garantie des Friedens

nur möglich ist innerhalb eines erweiterten und demokratisierten Völkerbundes, dessen Hauptaufgabe die materielle und moralische Abrüstung, sowie die wirtschaftliche Reorganisierung der Welt, und ganz besonders Europas sein muß.

Der wirkliche Friede ist nur in einer wirkungsvollen Solidarität der Völker gewährleistet. Die vornehmste Aufgabe der DSAP. wird es daher sein, im Verbande mit den sozialistischen Bruderparteien Polens, sich mit allem Nachdruck für obige Ziele, insbesondere für die Einschränkung der militärischen Ausgaben Polens, für gegenseitig befriedigende Handelsverträge einzusetzen.

Innerpolitisch ist festzustellen, daß

der Maiumsturz Pilsudskis,

der anfangs gegen die politische Reaktion gerichtet war, keine Festigung der demokratischen Grundeinrichtungen des Staates herbeigeführt hat. Die Regierung Pilsudskis beabsichtigt im Gegenteil eine Aenderung der Staatsverfassung, die eine Erweiterung der Exekutivgewalt und eine Schmälerung der Rechte der parlamentarischen Volksvertretung sowie die Einschränkung der demokratischen Grundlagen der Wahlgesetze für sämtliche öffentliche Körperschaften bringen soll. Gestützt auf die Machtmittel des Staates hat die Regierung Pilsudski die in der Verfassung festgelegte Verantwortung der Regierungsorgane vor den gesetzgebenden Körperschaften illusorisch gemacht. Die Bildung einer Regierungspartei mit noch nie dagewesener Beeinflussung der Sejm- und Senatswahlen durch Mißbrauch des gesamten Verwaltungsapparates, hat den Zweck, die Diktaturabsichten der „Sanatoren“ noch mehr zu stärken. Ueberdies weisen die Maßnahmen der Regierung unleugbar darauf hin, daß sie immer mehr einen reaktionären Kurs in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht bei Ausschaltung der werktätigen Kreise in Stadt und Land und ihrer Organisationen einnimmt. Die Verteidigung der politischen und wirtschaftlichen Demokratie muß deshalb für die Partei und ihre Mitgliedschaft das oberste Gebot der Stunde sein, denn außerhalb der Demokratie gibt es für die Arbeiterschaft keine günstige Existenz- und Zukunftsbedingungen.

Das Verhältnis der Regierung zu den nationalen Minderheiten

und ihren kulturellen Belangen hat keine wesentliche Aenderung erfahren. Vielmehr wird die einseitige, nur vom Standpunkt der national-polnischen Interessen ausgehende, die Minderheiten schädigende Politik der früheren national-reaktionären Regierungen fortgesetzt. Das Minderheitenproblem in Polen bleibt somit in vollem Umfange für uns eine Kardinalfrage und darum wird die D. S. A. P. nach wie vor mit aller Energie um die Rechte der deutschen Minderheit, einschließlich der national-kulturellen Autonomie, kämpfen.



Majestät im roten Rußland

Das Eintreffen des Königs von Afghanistan auf dem Bahnhof in Moskau. Von links nach rechts: Kriegsminister Woroschilow, Präsident Kalinin, König Aman Ullah und der afghanische Gesandte in Moskau.

Der Parteitag erachtet es als Pflicht einer jeden sozialistischen Partei, in der Opposition zur Regierung Pilsudski zu stehen, und beauftragt deshalb die Parteiinstanzen der D. S. A. P.

weiterhin in der Opposition zur Regierung und ihrem System zu verbleiben.

Der Parteitag gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß nur durch die Verwirklichung der einigen sozialistischen Demokratie jene neue soziale Regierung zu errichten möglich ist, die der Sozialismus anstrebt. Der Parteitag begrüßt deshalb das freundschaftliche Verhältnis der D. S. A. P. zu den sozialistischen Bruderparteien Polens, das seinen Ausdruck in der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und Einvernehmens, im Ausbau der Zusammenarbeit auf allen Arbeitsgebieten, wie Sejm, kommunale Selbstverwaltungen, Krankenkassen und andere mehr, und im Zusammengehen während der letzten Sejm- und Senatswahlen gefunden hat. Mit Befriedigung stellt der Parteitag fest, daß der Aufforderung der Partei auf Zusammenfassung aller Kräfte des werktätigen deutschen Volkes in Stadt und Land so eindrucksvoll während der Sejm- und Senatswahlen von den deutschen Massen in Stadt und Land Folge geleistet worden ist. Die dauernde organisatorische Zusammenfassung dieser Massen und die Vertretung ihrer Interessen muß die vornehmste Aufgabe der Partei sein.

II.

Im Sejm bilden die Abgeordneten der Partei, ebenso in allen anderen gewählten Körperschaften eine besondere Fraktion.

*

Resolution zur Amnestiefrage.

Im Hinblick darauf, daß die Repressalienwelle gegen oppositionelle Arbeiterparteien, bei gleichzeitiger Toleranz von umstürzlerischen monarchistischen und faschistischen Gruppen immer mehr zunimmt, tausende politische Häftlinge oft unter elenden Verhältnissen in den Gefängnissen langwierige Untersuchungshaft wie Kerkerstrafen büßen, im Hinblick darauf, daß die Pressefreiheit faktisch aufgehoben wurde und die sonstigen Bürgerfreiheiten durch das Kesseltreiben der Rechtsparteien stark in ihrem Bestande bedroht sind, beschließt der 4. Parteitag der D. S. A. P. im Verbande mit den sozialistischen Bruderparteien Polens mit aller Energie die Beschließung des Amnestiegesetzes durch Sejm und Senat schließlich durchzusetzen und alle zur Verfügung stehenden Machtmittel der Arbeiterklasse aufzubieten, um jegliche Angriffe auf die Verfassung, Demokratie und Parlamentarismus abzuwehren.

*

Die zum Schluß vorgenommenen Wahlen brachten folgendes Ergebnis: Zum Parteivorsitzenden wurde Abg. Artur Kronig wiedergewählt. Zu Mitgliedern des Parteirates wurden gewählt: Julius Kittel (Pabianice), Bruno Reichert (Ozorkow), Ludwig Kuk (Lodz-Zentrum), Emil Zerbe (Lodz-Süd), Reinhold Klim (Lodz-Zentrum), Wilhelm Heidrich (Konstantynow), Oskar Seidler (Lodz-Zentrum), Alexander Treichel (Zgierz), O. Herter (Pabianice), Alfred Weggi (Tomaschow), Reinhold Hunker (Lodz-Nord), Otto Schmidt (Zyrardow), Julius Schultz (Lodz-Süd), Israel Kociolek (Lodz-Zentrum), Rudolf Scherch (Zgierz), Otto Heike (Chojno), Cäsar Paul (Lodz-Ost), Johannes Richter (Lodz-Zentrum), Otto Diktbrenner (Lodz-Süd), Teodor Gendzior (Alexandrow), Leo Frinker (Lodz-Süd), Arnim Zerbe (Lodz-Süd), Paul Fischer (Zgierz), Arnold Hoch (Zdunska Wola), Eduard Seibt (Lodz-Zentrum), Adam Schmadt (Ruda-Pabianicka), Siegmund Wroblewski (Lodz-Süd), Robert Filbrich (Lodz-Zentrum) und Martha Kronig (Lodz-Zentrum). Die Wahlen für die Kontrollkommission erbrachten folgendes Ergebnis: Bruno Jende (Konstantynow), Oskar Otto (Tomaschow), Gustav Ewald (Lodz-Zentrum), Ewald Saß (Lodz-Zentrum) und Edmund Semmler (Lodz-Zentrum).



Im Auto auf den Riesengebirgskamm

Am 3. Mai, dem dritten Tage der Gebrauchs- und Wirtschaftlichkeitsprüfung des A. D. A. C., fand eine Prüfung der Steigfähigkeit auf der von Kraftwagen noch nie befahrenen Strecke Josephinenhütte—Zackelfallbaude—Neue Schlesische Baude statt. Auf der Prüfungsstrecke waren Steigungen bis zu 28 Grad zu überwinden. Noch keine Autoprüfung in Deutschland hat derart schwere Anforderungen an Fahrer und Wagen gestellt. — Im Bilde: Start in Josephinenhütte bei Schreiberhau.

Wie entstehen Erdbeben?

Von Professor J. Koenigsberger.

Wird an irgendeiner Stelle die Erde stark erschüttert durch eine Explosion oder durch einen natürlichen Vorgang in der Erde, so gehen von dieser Stelle, dem Erdbebenherd, Wellen aus, ähnlich wie wenn man in Wasser einen Stein wirft. Zwei Arten von Wellen pflanzen sich von der Erregungsstelle fort, wie der jüngst verstorbene Gelehrte Wiechert zuerst folgerte. Die einen schwingen senkrecht zur Richtung der Ausbreitung, so wie die kleinen Wellenberge und Täler, die wir auf dem Wasserspiegel auf und ab tanzen sehen, während die Welle sich längs der Wasserfläche ausbreitet. Das sind die sog. Quer- oder Transversalwellen. Dann gibt es Wellen derselben Art wie die Schallwellen in der Luft, die Längs- oder Longitudinalwellen, die in Richtung der Ausbreitung schwingen. Die beiden Wellenarten wandern verschieden rasch, die longitudinalen rascher als die transversalen. Bei einem Erdbeben kommt also auch an den Erdbebenwarten, wo empfindliche Instrumente die Wellen und damit auch ihren Anfang, die „Vorläufer“, aufschreiben, die longitudinalen Wellen früher an als die transversalen. Es braucht der Vorläufer der Längswelle z. B. 8 Minuten Zeit, der Querwelle 14 Minuten Zeit um von der Erdbebenstelle bis zur Warte zu wandern oder bei einem etwa doppelt so großen Weg 16 und 28 Minuten. Aus dem Zeitunterschied im ersten Fall 6, im zweiten 12 Minuten, kann man auf den Abstand des Beobachtungsortes vom Erdbebenherd schließen. Je nach Abstand und Gegend sind diese Zeitunterschiede etwas anders zu bewerten. Man hat auf Grund langjähriger Beobachtungen und Rechnungen Tafeln und Zeichnungen hergestellt, nach denen man aus den oben angegebenen Zeitunterschieden den Abstand des Erdbebenherdes von dem Beobachtungsort in Kilometern ermittelt. Doch die Richtung, aus der die Wellen kommen, kann man mit Sicherheit an einem Ort allein noch nicht feststellen.

Die Ursachen der Erdbeben sind Spannungen in der dünnen Erdkruste. Die feste Erdkruste ist nur etwa 50 bis 100 Kilometer dick. Darunter liegen feurig-flüssige Massen des Magma. Der Erddurchmesser beträgt 13 000 Kilometer. Die Spannungen werden aus irgend einem Grunde z. B. auch durch besonders rasche Aenderung des Luftdruckes, also des Wetters, oder durch uns bisher verborgene Vorgänge in der Erde ausgelöst. Dann verschieben sich große Stücke der Erdkruste, Schollen von 50 Kilometer Dicke, um einige Millimeter oder auch um viele Meter gegen die benachbarten und zwar plötzlich in Bruchteilen einer Sekunde, oft mehrmals nacheinander. Langsame Verschiebungen gibt es auch. Der Mensch merkt sie nicht; sie schaden ihm nicht. Die raschen Bewegungen aber geben große Beschleunigungen und damit große Kräfte, die nur ganz kurz dauern, aber unsere Steinbauten sofort zertrümmern können. Wenige andere Ereignisse lähmen und erschrecken während ihrer Dauer den Menschen dermaßen, wie ein Erdbeben. Man kann die Tiefe des eigentlichen Erdbebenherdes, da, wo die Spannungen und Veränderungen sich am stärksten äußern, heute ungefähr berechnen. Es ergeben sich durchschnittlich 30 bis 55 Kilometer. Das ist auch etwa die Tiefe der großen störenden Massen, wenn man diese aus Messungen der Schwerkraft und des Erdmagnetismus errechnen kann.

Als Ursachen der Spannungen und damit der Erdbeben nahmen viele Forscher eine fortdauernde geringe Zusammenziehung der Erdkruste an. Andere Forscher glauben neuerdings, daß die Verschiebungen in der Erdkruste, welche ihren Ausdruck in der Bildung von Gebirgen (z. B. Schwarzwald, Harz, Alpen) finden, auf eine Verlagerung von Teilen der Erdkruste vom Aequator nach dem Pol hin beruhen. Andere nehmen an, daß Strömungen in den feuerflüssigen zähen Gesteinen, in dem Magma unter der festen Erdkruste, die Spannungen hervorrufen. Mit

den Erdbeben, auch mit dem sogenannten erdbaulichen (tektonischen) steht direkt oder indirekt Eindringen feurig-flüssigen Gesteins in obere Teile der Erdkruste, manchmal bis zur Oberfläche als vulkanischer Erguß und Ausbruch in Zusammenhang, so wie das Wasser zwischen bewegte Eisschollen der Eisdecke eines Flusses dringt. Es gibt Gegenden, die in den etwa zweitausend Jahren menschlicher Geschichtsschreibung immer wieder von Erdbeben erschüttert wurden, wo also die Erdkruste am wenigsten fest ist, wo die Spannungen sich ausgleichen. Dazu gehören z. B. in Europa Süddeutschland und die Alpenländer, Italien, Balkan, Küste von Portugal, in Asien Kleinasien, Turkestan, Japan, innere Provinzen von China, in Amerika die pozifistische Küste, besonders Kalifornien und Alaska. In manchen Gegenden sind seit Jahrhunderten die Häuser dem angepaßt, entweder sehr leicht, wie in Japan, oder sehr fest mit dicken Mauern und niedrig, wie in oft erschütterten Gegenden der Mittelmeerländer. Oder es wird jetzt in Kalifornien mit federnden Stahlgerüsten gebaut.

Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, daß, wenn an einer Stelle eine Scholle der Erdkruste sich stärker verschiebt, bald danach, für unsere Zeitbegriffe, ringsherum an derselben Scholle und an benachbarten, derselbe Vorgang weiter geht. Die seit einigen Monaten auftretenden Beben von Smyrna, Philipopel, Korinth, Monte Amiata, die schwachen Beben in Süddeutschland gehören zusammen. Man weiß nicht, ob die Gebirge durch für Menschen langsame und kaum merkliche Bewegungen aufgetürmt werden oder plötzlich. Vieles spricht für erstere Annahme. Die seit der letzten Eiszeit seit etwa 20 000 bis 100 000 Jahren gebildeten tiefen Täler steile Bergwände lassen nicht wahrnehmen, daß sehr große Massen Gestein herabgefallen sind. Man hat auch m. E. aus früheren geologischen Schichten keinen derartigen Beweis wirklich starker Beben, außer vielleicht in der Kohlenzeit, vor etwa 150 Millionen Jahren. Ob und wann eine solche Zeit wie die Kohlenzeit mit kräftigster Gebirgsbildung, mit vulkanischer und intrusiver Magmatätigkeit und dabei mit stärkstem Pflanzenwuchs auf der Oberfläche wiederkehrt, vermag die heutige Physik der Erde nicht zu sagen.

Doch die Erdbeben, die erdgeschichtlich keine merklichen Veränderungen hervorbringen, die nicht einmal an einem so steilen und wenig sicheren künstlichen Einschnitt wie an den Kanal von Korinth Einstürze verursachen, die geologisch überhaupt nicht der Rede wert sind, können die meisten gewöhnlichen Häuser völlig in Schutt verwandeln. Das wird sich vermeiden lassen. Dagegen sind die großen Bauten für Wasser, die Stauwerke für die Elektrizitätserzeugung und die Wasserleitungen aus dem Gebirge kaum vor Erdbebenwirkungen zu schützen. Man wird wohl später unterhalb dieser Bauten eine Gefahrenzone ausscheiden, in der keine Wohnungen liegen dürfen, und bei den Wasserleitungen unten große ungefährdete, flache Wasserreservoire anlegen, um die Städte gegebenenfalls längere Zeit versorgen zu können.

Der Mensch ist ein soziales Lebewesen und wird das bei der heutigen Technik und Bevölkerungsdichte besonders gegenüber unerwarteten Naturereignissen, auch Klimawechsel, zeigen müssen.

Aus der Urgeschichte des Bieres

Die Geschichte des Bieres reicht bis in die entferntesten Vorzeiten zurück, und fast hat es den Anschein, als ob es alkoholische Getränke schon so lange gäbe, wie es Menschen gibt. In Aegypten kannte man um das Jahr 2500 v. Chr. bereits vier Sorten verschiedener Biere, um die Mythen, die sich mit dem göttlichen Ursprung des Bieres befassen, reichten bis in das Jahr 4000 v. Chr. zurück. Ein erfahrener ägyptischer Weiser gibt seinen Volksgenossen auf einer Hieroglyphentafel den guten Rat: „Uebernimm dich nicht beim Biertrinken, du fällst hin und zerbrichst die Glieder, keiner reicht dir die Hand, deine Genossen trinken weiter und sagen: Weg mit diesem, der getrunken hat." Die Zubereitung des Bieres geschah in der Regel im Hause. Doch scheinen auch Ansätze zu einem eigenen Braugewerbe vorhanden gewesen zu sein. Der Alkoholgehalt dieses Bieres ist bei der gering entwickelten Gärungstechnik damaliger Zeit zweifellos nicht sehr hoch gewesen.

Auch in der übrigen Mittelmeerwelt war das Bier oder ein bierähnliches Getränk bekannt, wurde hier allerdings früh durch den Wein und Branntwein, der die Kenntnis des für den primitiven Menschen äußerst schwierigen Destillationsprozesses voraussetzte, in seinem Verbrauch auf die unteren Volksschichten beschränkt.

Dagegen scheint sich bei den nördlichen Völkern Europas das Bier viel länger als unbeschränkter Herrscher erhalten zu haben. Die Germanen kannten das Honigbier, den Met. Zu Bienenhonig setzte man Wasser hinzu, kochte diese Mischung und ließ sie dann in Gärung übergehen. Es muß ein sehr schweres und heimtückisches Getränk gewesen sein, das manches Unheil über die Familien brachte, da die Germanen im angeheiterten Zustand sich nicht scheuten, Familie und Besitz, ja selbst die eigene Freiheit im Spiel als Preis zu setzen. Der Met scheint mehr ein Getränk der Vornehmen gewesen zu sein, denn neben ihm unterscheidet Diodor, der den Met als „Galater" bezeichnet, noch ein besonderes Bier. Der Name „Galater" läßt darauf schließen, daß jenes Getränk in ähnlicher Zubereitung nicht nur auf die Germanen beschränkt war. Auch der Geograph Strabo berichtet, daß Pythros, der als erster Hellene mit Germanen in Fühlung kam, schon neben dem Met eine andere Biersorte vorfand. Die Zubereitung des Metes erfuhr durch die Berührung mit römischer Kultur und dadurch mit dem Orient in der Folge eine Verfeinerung durch allerlei Zusätze. Von Rom lernte der Germane die intensive Bienenzucht und Honiggewinnung kennen, vom Orient bezog er würzende Produkte, die er seinem Honigbier beimischte und dadurch einen erhöhten Wohlgeschmack erzielte.

Das Brauen des Bieres geschah selbstverständlich im Hause und war Aufgabe der Frau. Ein eigenes Gewerbe entwickelte sich erst im Laufe des Mittelalters mit dem Aufkommen der Städte. Doch ging der Ausschank noch bis ins letzte Jahrhundert vielfach „reihum", nicht selten auch die Brauerei, d. h. ein Mitglied der Dorf- oder Stadtgemeinschaft durfte während einer bestimmten Zeit Bier brauen oder ausschänken. Nach Ablauf dieser Zeit kam der Nachbar an die Reihe und so weiter. In Skandinavien, Rußland und selbst in manchen vorwiegend landwirtschaftlichen Gegenden Deutschlands sowie in den Ostseeprovinzen gehört das Bierbrauen auch heute noch vielfach zu den Tätigkeiten, die der Hauswirtschaft zufallen.

Interessantes aus aller Welt

Verborgene Schätze im Vatikan

In den Vatikanischen Gärten in Rom soll ein Museum erbaut werden, das bestimmt ist, die verschiedenen Gegenstände aufzunehmen, die zurzeit unbeachtet in den Kellern und Dachböden des päpstlichen Palastes herumliegen, und von denen viele einen hohen Antiquitätenwert haben. Sachverständige versichern, daß im Umkreise des Vatikans genügend Material verborgen sei, das nicht nur ein, sondern viele Museen füllen könnte. Viele Gegenstände, die im Mittelalter achtlos beiseite geworfen wurden und die im Laufe der Zeit den künstlerischen und historischen Wert gewonnen haben, liegen noch heute in ihren Verstecken. Besonders in den Kellern des Vatikans ruht eine Menge von Dingen von archäologischem Wert, die noch nie näher untersucht wurden. Welche Schätze hier noch zu heben sind, ergab sich beispielsweise bei Aufräumungsarbeiten in den Kellern der Basilika von St. Peter. Dabei fand man viele Gegenstände von hohem künstlerischem Interesse, wie beispielsweise Gipsmodelle von Michelangelo. Der Plan für ein neues Museum war bereits unter Papst Leo XIII. erwogen worden; er wurde damals aber vorläufig bei Seite gelegt, da der Papst den Wunsch hegte, vor allem die Borgiagemächer im Vatikan in ihrer ursprünglichen Gestalt wiederherzustellen. Papst Pius XI. hat jetzt den Museumsplan wieder aufgenommen und seine Ausführung genehmigt.

Der Buddha der Freundlosen

Eines der merkwürdigsten Denkmäler wurde kürzlich in Beppu, einem auf der südlichsten der japanischen Inseln etwa 150 Kilometer östlich von Nagasaki gelegenen Badeort, enthüllt. Es ist ein kollosaler Buddha in der konventionellen Stellung mit den gekreuzten Beinen, der in den Anblik einer Lotosblüte versunken ist. Das Denkmal ist den Geistern von mehr als einer Million Menschen geweiht, von denen ein großer Teil durch Freitod aus dem Leben schied, und die keine Hinterbliebene hatten, die den Toten die vorgeschriebene Zeremonien hätten erweisen können. In der Bauchhöhle der Statue wurden die Asche und die Knochen einer großen Zahl dieser Toten beigesetzt, die ohne Heim und Freunde starben. Die Zahl der Selbstmörder in Japan ist an sich schon die höchste in Asien, sie hat aber entgegen der Erwartung durch die fortschreitende Verbreitung der Zivilisation des Westens keine Minderung, sondern ganz im Gegenteil eine erhebliche Steigerung erfahren. Wurden doch in einem einzigen Monat in Tokio allein 120 Selbstmorde und noch mehr gezählt.

Und doch geht die Liebe durch den Magen . . .

Von der Liebe allein kann man nicht leben. Ein 23jähriges Mädchen aus dem ostpreußischen Orte Darkehmen, die das Gegenteil beweisen wollte, mußte die Wahrheit dieses Wortes am eigenen Liebe erfahren. Die Maid liebte, wie es manchmal so vorkommt, einen recht armen Teufel, der den etwas begüterten Eltern des Mädchens als Schwiegersohn nicht genehm war. Als der Vater nun energisch forderte, daß das Mädchen von dem unwillkommenen Liebhaber lassen sollte, trat die Tochter konsequent in den Hungerstreik. Drei Tage hindurch hungerte sie tapfer, und lebte während dieser Zeit tatsächlich von nichts weiter als von dem Gedanken an ihre Liebe. Als sich dann aber der Hunger gar zu sehr bemerkbar machte, und dem Mädchen von der Küche her allerlei verführerische Düfte in die Nase stiegen, gab sie das Hungern auf... Ob sie ihren armen Teufel nach dem heroischen Hungerstreik nun bekommen wird, steht noch nicht fest.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 422.

Freitag. 16.20: Vorträge und Berichte. 17.45: Nachmittagskonzert. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.30: Vortrag. 19.55: Musikgeschichtlicher Vortrag. 20.15: Sinfoniekonzert der Warschauer Philharmonie. Anschließend: Die letzten Abendberichte und Plauderei in französischer Sprache.

Krakau — Welle 422.

Freitag. 16.40: Vorträge. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 19.35: Radiorevue. 20.15: Programm von Warschau.

Posen Welle 344,8.

Freitag. 13: Konzert des Quintett Castellani". 17.20: Vortrag. 17.45: Vokalmusik. 19.30: Vortrag. 20.15: Sinfoniekonzert der Warschauer Philharmonie. 22: Zeitzeichen und Berichte. 22.50: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1111,1.

Freitag. 16: Vortrag über Afganisthan. 16.40: Englischer Unterricht. 17.20: Uebertragung aus Krakau. 17.45: Programm von Wilna. 19.30: Vortrag: Sport und Körperkultur. 20.15: Sinfoniekonzert der Philharmonie.

Gleiwitz Welle 329,7 **Breslau 322,6**

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten *). 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung *). 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht anschließend Funkwerbung *). 22.00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung *) und Sportfunk. 22.15—24.00: Tanzmusik (Zwei- bis dreimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Freitag, den 11. Mai. 16—16,30: Stunde und Wochenschau des Hausfrauenbundes Breslau. — 16,30—18: Alte Meister. — 18—18,25: Uebertragung aus Gleiwitz: Zeitlupenbilder aus Oberschlesien. — 18,25—18,50: Stunde der Deutschen Reichspost. 19,25—19,50: Abt. Philosophie. — 19,50—20,15: Abt. Literatur. 20,30—20,45: „Einführung in das Hörspiel des Abends" von Paul Rilla. — 20,45: Die armseligen Besen.

Versammlungskalender

Katowice. Transportarbeiterverband. Am Sonntag, den 13. Mai, vorm. 10 Uhr, findet im Zentralhotel eine Mitgliederversammlung des Verkehrsgewerbes statt. Referent: Gew.-Sekr. Sowa.

Königshütte. Ortsausschuß. Sonntag, den 13. Mai, nachm. 3 Uhr, findet im Volkshause Krol.-Huta (Büfettzimmer) die Ortsausschußsitzung statt. Um pünktliches Erscheinen der Delegierten wird ersucht. Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben.